



Bulletin

SAGW Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

ASSH Académie suisse des sciences humaines et sociales

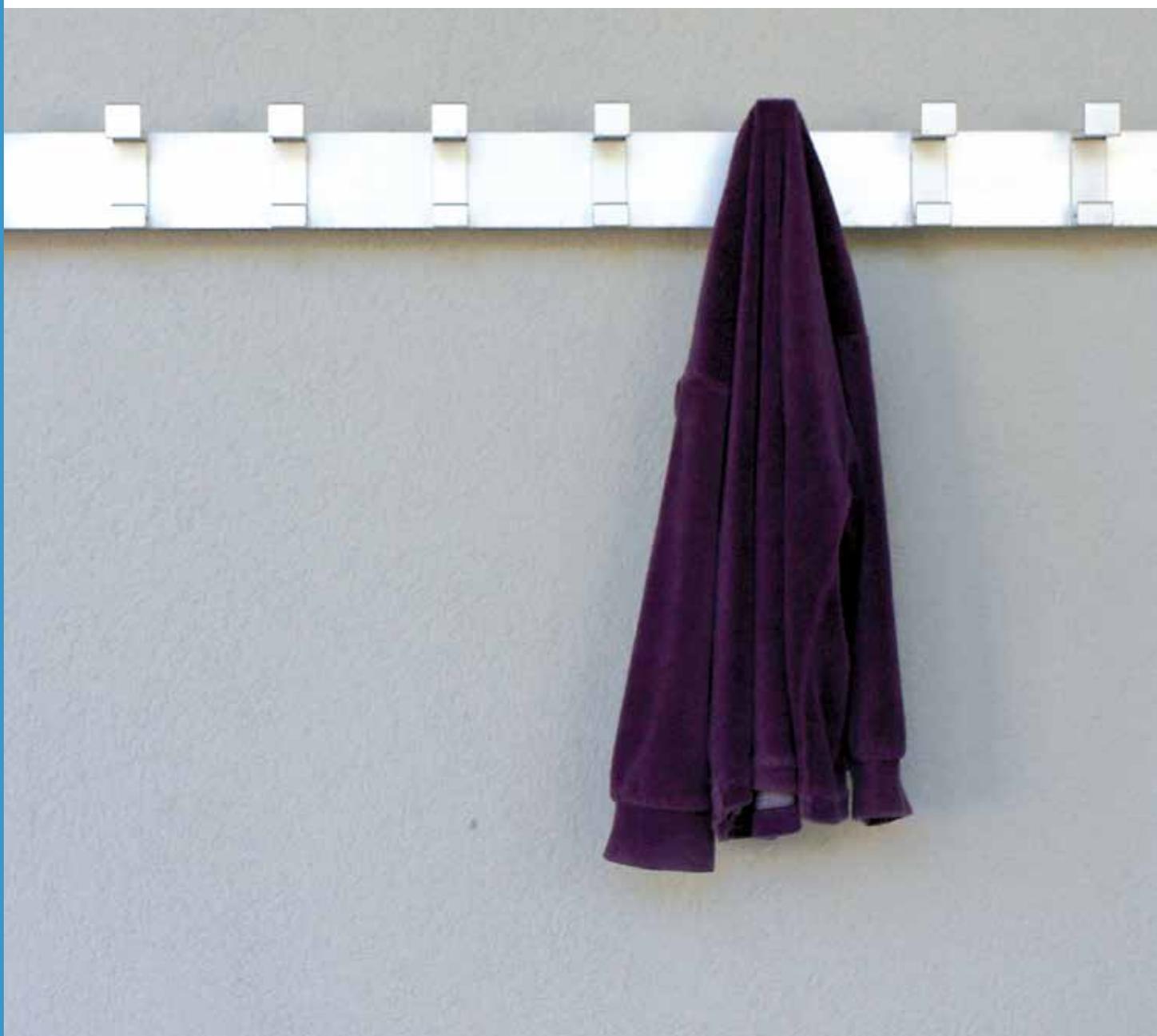
ASSM Accademia svizzera di scienze umane e sociali

ASSM Academia svizra da ciencias morales e socialas

SAHS Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

Dossier

Sozialpolitik



Wissenschaftspolitik: Karrierechancen von Geisteswissenschaftlern, S. 9

SAGW-News: 16 Empfehlungen zur Stärkung der Geisteswissenschaften, S. 23

International: Exzellenz als Auswahlkriterium, S. 63

a⁺ Mitglied der
Akademien der Wissenschaften Schweiz

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie engagieren sich insbesondere in den Bereichen **Früherkennung** und **Ethik** und setzen sich ein für den **Dialog** zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

www.akademien-schweiz.ch

Impressum

Bulletin 1, Januar 2013. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,
Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern

Telefon +41 (0)31 313 14 40, Telefax +41 (0)31 313 14 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Auflage: 2900

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Marlene Iseli (mi), Martine Stoffel (ms), Valentin Amrhein (va), Beatrice Kübli (bk), Manuela Cimeli (mc)

Bilder: Titelbild, S. 3, 6, 22, 36 Laszlo Horvath; S. 4 André Roulier; S. 6 Enrico Chavez; S. 8, 14, 28, 64 SAGW; S. 21 L'Oreal; S. 33 Universitätsbibliothek Basel, hh V 17. Photo : L.A.; S. 42 Hugues Siegenthaler © LIVES; S. 51 © Jacobs University Bremen; S. 62 <http://erc.europe.eu>

Layout: Daniela Ambühl (da)

Gestaltungskonzept: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz





vermitteln – vernetzen – fördern
communiquer – coordonner – encourager



Luxussorgen mit Dringlichkeit um den Nachwuchs

4



Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit in Europa mussten die Sorgen um den Nachwuchs bei den MINT-, Medizinal- und Pflegeberufen (siehe S. 17) sowie die anschwellende Klage über den Mangel an qualifizierten SchulabsolventInnen für die Berufsausbildung als Luxussorgen an. Dennoch besteht Handlungsbedarf, welcher jedoch durch ein Schwarzpeterspiel verdeckt wird, wobei mit Vorliebe das Gymnasium und die Geisteswissenschaften mit dem Schwarzen Peter bedacht werden. Es befremdete daher, dass der damals noch designierte Bildungsminister in der Sonntagspresse mit seinen Reflexionen über die Maturitätsquote mitspielte, wobei er implizit die Forderung des Gewerbeverbandes nach einer Quotenregelung im Rahmen des Bildungsziels, 95% mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II, portierte. Wie ungeeignet Quoten sind, demonstriert der hausgemachte Mangel an Ärzten. Ebenso wenig hilfreich ist es, wenn über arbeitslose Geisteswissenschaftlerinnen und über die Nutzlosigkeit deren Metiers geunkelt wird. Beides trifft ganz einfach nicht zu, schon gar nicht für die Schweiz: Was sich hier und jetzt zeigt, ist eine Folge des demographischen Wandels, der ausbleibende Nachwuchs, was wegen der weiterhin virulenten Fixierung auf die Alterung übersehen wird. Darauf weist die Akademie unter dem Titel «Generationenpolitik» seit rund fünf Jahren hin.

Das Ringen zwischen der Berufsbildung, dem Gymnasium und den Hochschulen um ein sich verknappendes, qualifiziertes Humanvermögen hat begonnen. Noch kann bisher Versäumtes nachgeholt werden: Zu denken ist an Investitionen, insbesondere in die frühe Kindheit und die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit (Fertilität). Statt sich in Managementkursen auf eine Generation von Superopportunisten einzustimmen, wäre es hilfreicher, Verlässlichkeit und Verbindlich-

keit herzustellen, insbesondere in der höheren Bildung. Höhere Verlässlichkeit fordert die Stipendieninitiative ein, wenig handlungsfreudig zeigt sich jedoch der Bundesrat mit seinem indirekten Gegenvorschlag (S. 12). Verbindlichkeit und Verlässlichkeit in Verbindung mit früher Selektion fordert auch Caspar Hirschi, Mitautor des Positionspapiers «Vision 2020», das hohe Wirkung zeitigte: Das Parlament hat das Staatssekretariat für Bildung, Innovation und Forschung (SBIF) beauftragt, einen Bericht zur Förderung des akademischen Nachwuchses vorzulegen. Dieser sollte im Frühjahr vorliegen (s. Interview Hirschi, S. 9).

Unter anderem mehr auf Verbindlichkeit und Verlässlichkeit in der Lehre wie im Rahmen der zu einem guten Teil durch den Nachwuchs ausgeübten Forschungstätigkeit zielen auch die von der SAGW publizierte «Empfehlungen für eine Erneuerung der Geisteswissenschaften» (S. 23). Plädiert wird für eine konsequente Umsetzung des zweigestuften Studiums, so dass frühzeitig auf die Bedürfnisse und Anforderungen unterschiedlicher Arbeitsmärkte hin gefördert und selektioniert werden kann. Weil Fehlinvestitionen niemandem dienen, ist für berechenbare Karrierewege für die wenigen zu sorgen, die sich für den hoch kompetitiven akademischen Arbeitsmarkt entscheiden und qualifizieren. Um die Geisteswissenschaften in Wert zu setzen, empfiehlt die Akademie eine vermehrte Auseinandersetzung mit den «Grand Challenges». Einen

Teil dieser Herausforderungen bearbeitet die SAGW in ihren drei Schwerpunkten (S. 24). Ein besonders hohes Potenzial schreiben wir einer geistes- und sozialwissenschaftlich orientierten Gesundheitsforschung zu, die wir im Juni in Freiburg präsentieren werden (S. 26). Die Empfehlungen sind als Diskussionsbeitrag gedacht und wir hoffen auf eine rege Debatte. Unsererseits sehen wir vor, den Grad der Umsetzung von in den letzten zehn Jahren in Aussicht genommenen Massnahmen und Empfehlungen zur Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften zu überprüfen (S. 23).

Die von Bundesrat Alain Berset angekündigte Reform der Alterssicherung war uns Anlass, ein Dossier zur Sozialpolitik zu erstellen. Damit führen wir fort, was wir vor vier Jahren unter dem Titel «Generationenpolitik» begonnen haben und als Beitrag zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit verstehen. Die Reaktionen auf den Vorschlag des Bundesrates zeigen, dass Fakten und Evidenzen selektiv zur Kenntnis genommen werden, Klärungsbedarf besteht und es insbesondere an Orientierungswissen mangelt. Dazu tragen die Beiträge aus der Feder von namhaften Expertinnen und Experten im Dossier «Sozialpolitik» bei.

Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär

Editorial

- 4** Luxussorgen mit Dringlichkeit um den Nachwuchs

Wissenschaftspolitik Politique scientifique

- 9** Karrierechancen von Geisteswissenschaftlern
Interview mit Caspar Hirschi
12 In Kürze

6

Akademien der Wissenschaften Schweiz Académies suisses des sciences

- 15** «Törf's es bitzeli weniger sii?»
17 «Mut zur Lücke!»
19 Austausch auf Augenhöhe mit der Bevölkerung
20 «Prix Média akademien-schweiz» in Geistes-
und Sozialwissenschaften 2012
21 «For Women in Science» – 3^e édition



Die SAGW hat 16 Empfehlungen zur Stärkung der Geisteswissenschaften herausgegeben. Lesen Sie mehr über das Positionspapier auf S. 23.



Die Schweizerische Gesellschaft für Statistik feiert 2013 ihr 25-jähriges Jubiläum. Mehr zum Jubiläum und weiteren Neuigkeiten zu den Mitgliedergesellschaften finden Sie ab der Seite 60. (Illustration: Enrico Chavez)

SAGW-News | News ASSH

- 23** 16 Empfehlungen zur Stärkung
der Geisteswissenschaften
24 Neue Schwerpunkte in der SAGW
26 Gesundheitsforschung: Perspektiven
der Sozialwissenschaften – Tagung und Website
27 Dodis goes iPhone. *Thomas Bürgisser*
27 Ausschreibung

Schwerpunkte Projets prioritaires

- 29** «Kreativität und Innovation» – ein Praxisbeispiel
Interview mit Sine Diagne Jeanneau
31 Italienischbünden: Zur Ubiquität des kulturellen
Mosaiks der Schweiz. *Sacha Zala*
33 Réflexions sur le statut de la traduction dans
les sciences humaines. *Laurent Auberson*
34 Erneuerbare Alpen – Quintessenzen aus der Alpen-
Woche 2012. *Manuela Cimeli, Thomas Scheurer*

Dossier Sozialpolitik

- 37** Sozialpolitik
- 38** Zukunft mit Kindern – Empfehlungen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Leopoldina. *Günter Stock*
- 40** Welches Betreuungsangebot braucht es für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? *Monika Engler Busa*
- 41** Politiques sociales et intégration sur le marché du travail – Atouts et limites des stratégies d’activation *Jean-Michel Bonvin*
- 43** Generationen in der Arbeitswelt. *Norbert Thom*
- 45** Breite Landezone statt fixes Rentenalter *Elisabeth Michel-Alder*
- 46** Die Senioren der Schweiz – ihre Organisationen, ihre Medien, ihre Politik. *Anton Schaller*
- 48** Could nations invest in cognitive skills and become effectively younger? *Vegard Skirbekk, Marcin Stonawski, Daniela Weber*
- 50** Gewonnene Jahre – Chancen für jeden Einzelnen und die Gesellschaft. *Ursula M. Staudinger*
- 51** Anpassungsbedarf des Sozialstaats in Zeiten sich ändernder Arbeitsteilung. *Heidi Stutz, Caroline Knupfer*
- 53** Finanzierung der Sozialen Sicherheit *Monika Bütler*
- 54** Sozialversicherungssystem der Zukunft *Gabriela Riemer-Kafka*
- 56** Schuldenbremse für die AHV? Ein Diskussionsvorschlag zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung. *Christoph A. Schaltegger*

Mitgliedsgesellschaften Sociétés membres

- 58** La Text Encoding Initiative à Berne – Projets d’édition numériques sur des manuscrits de travail *Bénédict Vauthier*
- 60** Präsidentenwechsel und Neuigkeiten aus den Mitgliedsgesellschaften

International

- 63** Exzellenz als Auswahlkriterium. *Sibylla Martinelli*

7

Publikationen Publications

- 65** Publikationen der SAGW
- 66** Mitglieder der SAGW
- 67** Generalsekretariat

Wissenschaftspolitik
Politique scientifique



Karrierechancen von Geisteswissenschaftlern

Caspar Hirschi ist seit Herbst 2012 Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen. Gemeinsam mit der «Gruppe Junger Forschender» hat er das Positionspapier «Vision 2020» zur Verbesserung der Situation junger Forschender an Schweizer Universitäten ausgearbeitet. Anlässlich der Beratung der BFI-Botschaft stiess das Positionspapier auf grosse Aufmerksamkeit. Das Parlament beauftragte das Staatssekretariat für Bildung und Forschung, die Situation der Nachwuchsforschenden abzuklären.

Marlene Iseli Herr Hirschi, Sie bedienen sich unter anderem des Arguments, dass es den Schweizer Universitäten nicht gelingt, den Bedarf an Fachkräften in der Wirtschaft zu decken. Gilt dieser unmittelbare Zusammenhang zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt auch für die Geisteswissenschaften, die in den letzten Jahren starken Zuwachs hatten?

Caspar Hirschi Unser Argument bezieht sich in erster Linie auf die MINT-Fächer und die Medizin. Bei den Geisteswissenschaften ist der Zusammenhang tatsächlich komplizierter, weil hier das Studium keiner Berufsausbildung entspricht. Aus ökonomischer Sicht zu sagen, es gebe zu wenig Geisteswissenschaftler, wäre deshalb gewagt. Das Gegenteil zu behaupten, geht allerdings genauso schlecht, solange die Arbeitslosenzahlen von ausgebildeten Geisteswissenschaftlern so tief sind wie jetzt. Offenbar sind die Geisteswissenschaften für den Arbeitsmarkt nicht so unnützlich, wie viele Politiker und Manager denken, und noch erstaunlicher ist, dass

«Offenbar sind die Geisteswissenschaften für den Arbeitsmarkt nicht so unnützlich, wie viele Politiker und Manager denken [...]»

sie trotz ihrer schlechten Presse auf Studierendenstufe frei von den Sorgen der mathematischen und tech-

nischen Wissenschaften sind, denen es nach wie vor nicht gelingen will, genug weibliche Studierende anzuziehen.

MI Welche grundlegenden Massnahmen, die Sie in Ihrem Positionspapier «Vision 2020» vorschlagen, sind auch oder gar besonders für die Geisteswissenschaften relevant?

CH Unsere Arbeitsgruppe ist multidisziplinär zusammengesetzt, und wir haben uns zum Ziel gesetzt, Forderungen aufzustellen, die für alle Disziplinen gelten. Gleichzeitig haben wir festgestellt, dass sich manche Fachbereiche schon in jene Richtung bewegen, die wir anstreben. Die geisteswissenschaftlichen Fächer gehören leider nicht dazu. Auf der Promotionsstufe hat man erst vor Kurzem damit begonnen, über allgemeine Betreuungsstandards und formelle Rekrutierungsverfahren nachzudenken. In der Praxis dominieren weiterhin informelle Strukturen mit den bekannten Unwägbarkeiten für Doktorierende. Noch grösser ist das Problem auf der Postdoc-Stufe. Hier zeigt sich, dass man in den Geisteswissenschaften zugleich politisch progressiv und strukturell reaktionär sein kann. Während in anderen Disziplinen die Habilitation längst als alter Zopf erkannt und abgeschnitten ist, hängt man in den Geisteswissenschaften noch immer an ihr, als ob es zwei Monographien und zwanzig Aufsätze brau-

«Hier [auf der Postdoc-Stufe, Anm. der Red.] zeigt sich, dass man in den Geisteswissenschaften zugleich politisch progressiv und strukturell reaktionär sein kann.»

che, um herauszufinden, ob jemand das Zeug für eine wissenschaftliche Karriere hat oder nicht. Entsprechend gibt es in den Geisteswissenschaften kaum Assistenzprofessuren mit Tenure Track, auf denen junge Forschende früher selbständig werden könnten. Dafür bewerben sich auf eine ständige Dozentur, wie wir sie kürzlich in St. Gallen ausgeschrieben haben, fünfzig Privatdozenten im Alter von 45 oder mehr. Hier ist noch ein weiter Weg zu gehen, und vielleicht wird er erst frei sein, wenn die Generation der Achtundsechziger, der Hauptrepräsentanten der «progressiven Reaktion», abgetreten ist.

MI Sie selber sprachen bereits von einer strengeren Selektion zu einem früheren Zeitpunkt in der aka-

demischen Laufbahn, um andere Talente möglichst früh für eine ausseruniversitäre Karriere nutzen zu können. Wie könnte eine solche Selektion für die Geisteswissenschaften Ihrer Meinung nach aussehen und wozu braucht es sie?

CH Wir wissen, dass eine ausseruniversitäre Karriere mit zunehmendem Alter schwieriger wird und damit der Ausstiegszeitpunkt aus der Wissenschaft entscheidend ist. Für die Geisteswissenschaften dürfte das besonders gelten, denn das wichtigste Pfand, das man als geisteswissenschaftlich ausgebildeter Stellenbewerber hat, ist die geistige Flexibilität – und diese wird älteren Semestern partout abgesprochen. Ich bin deshalb für eine Selektion auf allen Stufen. Mit Bologna hätte man bereits die Möglichkeit, beim Zugang zum Masterstudium anzusetzen. Spätestens bei der Aufnahme ins Doktoratsstudium sollten gremienbasierte Selektionsverfahren eingeführt werden. Zugleich müssten diejenigen Kandidaten, die sie bestehen, automatisch ein Promotionsstipendium oder eine Assistentenstelle erhalten. Wenn dadurch die Zahl der Doktoranden sinkt, ist das kein Nachteil, denn erstens ist sie im letzten Jahrzehnt rasant gestiegen und zweitens kann weniger Quantität mehr Qualität bringen, nicht nur bei der Betreuung, sondern auch bei den Doktorarbeiten. Das eigentliche Nadelöhr der akademischen Karriere sollte unmittelbar nach der Promotion folgen. Dazu braucht es weniger Mitarbeiterstellen im Postdoc-

«Das eigentliche Nadelöhr der akademischen Karriere sollte unmittelbar nach der Promotion folgen.»

Bereich und mehr Assistenzprofessuren mit Entfristungsoption. Wer nach der Dissertation weitermachen will, sollte meines Erachtens möglichst rasch ins Ausland gehen, um neue Erfahrungen zu sammeln und sich in einem fremden Umfeld zu bewähren. Gleichzeitig sollten sich Schweizer Universitäten darum bemühen, hervorragende Leute nach ein paar Jahren wieder aus dem Ausland zurückzuholen.

MI Unter dem Motto «Science is vital for a strong UK economy» wurde 2011 eine Umfrage zu den Karriereperspektiven von Forschenden an englischen Universitäten durchgeführt. Die Betroffenen identifizierten bei der Befragung die Kurzfristigkeit der Anstellungsverhältnisse als grösstes Problem, gefolgt vom schlechten Einkommen, vom erwarteten wiederholten Wechsel des

Arbeitsorts und von Inkompatibilitätsproblemen mit dem Familienleben. Zusätzlich wurden etwa die fehlende Unabhängigkeit bei der Akquirierung von Drittmitteln oder die Schwierigkeiten bei der Leistungsmessung erwähnt. Woran litten Sie vor Antritt Ihrer Professur am meisten? Welche Aspekte können durch die Schaffung von 1000 Assistenzprofessuren verbessert werden?

CH Aus dieser Umfrage könnte man schliessen, die akademischen Strukturen in England seien ähnlich wie bei uns. Tatsächlich ist aber der Anteil der befristet angestellten Forschenden am gesamten akademischen Personal in Grossbritannien viel kleiner als im deutschsprachigen Raum. Was sich gleicht, ist die Richtung der Entwicklung, und daher mag auch dieses Umfrageresultat rühren. Meine eigene Karriere ist untypisch für die Geisteswissenschaften in unseren Gefilden – auch was das Leiden angeht: Dieses war, dank mehrjähriger Verträge und hilfreicher Betreuer, gering. Meine grösste

«Forschende sollten die Chance haben, bereits Mitte Dreissig und nicht erst Mitte Vierzig sesshaft zu werden.»

Sorge als Postdoktorand galt der Familie. Während dieser Zeit kamen meine drei Kinder zur Welt, und meine Frau hatte eine sichere Stelle in der Schweiz aufgegeben, um mir ein akademisches Abenteuer in England zu ermöglichen. Unter diesen Umständen musste es mit jedem Stipendium und jeder Stelle beim ersten Anlauf klappen, sonst hätte ich aus Geldmangel aufgeben müssen. Die Mobilität lässt sich mit kleinen Kindern noch relativ gut bewältigen, ab dem Schulalter aber wird es schwieriger. Dieser Umstand dürfte mit ein Grund sein, warum die halbe deutsche Professorenschaft durch die ganze Bundesrepublik pendelt. Genau hier würden die Assistenzprofessuren mit Tenure Track ansetzen: Forschende sollten die Chance haben, bereits Mitte Dreissig und nicht erst Mitte Vierzig sesshaft zu werden. Ich glaube, eine solche Änderung würde die akademische Karriere attraktiver machen.

MI Assistenzprofessuren haben heute bei geringerem Einkommen und schlechterer Ausstattung vermehrt die gleichen Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltungsarbeiten etc. zu leisten wie die Ordinarien. Welche Entlastungsmassnahmen wären denkbar? Braucht es solche?

CH Wenn wir die Förderprofessuren des Nationalfonds zum Massstab nehmen, was wir in unserem Positionspapier tun, dann ist der Lohn fabelhaft und die Ausstattung grossartig. Wir finden es auch wichtig, dass ein Mehr an Selbständigkeit mit einem Mehr an Verantwortung einhergeht. Zudem können und sollen die Leistungen in der Verwaltung und Lehre ebenfalls zum Gegenstand des Tenure-Verfahrens werden, sind sie doch für das Funktionieren der Universität zentral. Ich erlebe gerade, was es heisst, nach einer Postdoc-Stelle direkt einen Lehrstuhl zu übernehmen. Die Zwischenstufe einer Assistenzprofessur hätte mir nicht geschadet, um in den grösseren Schuhen rasch trittsicher zu werden.

MI Seit diesem Sommer haben Sie einen Lehrstuhl in St. Gallen inne. Was werden Sie als Professor für Ihre Mittelbauangehörigen leisten, um im Kleinen deren Karriereperspektiven zu optimieren?

CH Ich nehme mir vor, ihnen wenig administrative Arbeit aufzubürden, viel Forschungszeit zu geben, einen anständigen Lohn zu zahlen, ein anregender und kritischer Gesprächspartner zu sein und nach der Promotion bei der erstbesten Gelegenheit Beine zu machen (wenn sie noch keine haben), damit sie die Chance erhalten, ihr Glück in der weiten akademischen Welt zu machen. Diesem Anspruch werde ich aber nur gerecht werden können, wenn ich die Zahl meiner Doktoranden tief halte.

MI Und noch eine abschliessende Frage zu unserer Initiative «Für eine neue Kultur der Geisteswissenschaften?». Beobachten Sie einen Wechsel im Verständnis der Wissenschaftskultur mit Blick auf junge Forschende in den Geisteswissenschaften?

CH Ich sehe höchstens Ansätze, denn solange junge Geisteswissenschaftler auf unsicheren Stellen sitzen, handeln sie teilweise noch konservativer als

«Die Zwischenstufe einer Assistenzprofessur hätte mir nicht geschadet, um in den grösseren Schuhen rasch trittsicher zu werden.»

Professoren, weil sie glauben, sich an etablierte Fachkonventionen halten zu müssen, um im Betrieb zu reüssieren. Eine Gruppe junger Forschender, in der ich mitwirke, hat aus diesem Grund entschieden, ihre Er-

gebnisse als klassisches Buch zu veröffentlichen – und nicht etwa in einem neuen Onlineformat. Wie veränderungsbereit meine Generation ist, wird sich daher erst weisen, wenn sie auf den Professuren und in den Rektoraten sitzt. Und wir sollten auch eines nicht vergessen: Veränderungsbereitschaft allein ist keine Garantie für Erfolg. Entscheidend wird sein, ob es den Geisteswissenschaften gelingt, sich so zu wandeln, dass ihre genuinen Stärken – Verständlichkeit, Kritik, Reflexivität usw. – wieder deutlicher zum Vorschein kommen.

Interview: Marlene Iseli

Zur Person

Caspar Hirschi



Prof. Dr. Caspar Hirschi, geb. 1975, ist seit Herbst 2012 Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen. Zuvor lehrte er an der ETH Zürich sowie an den Universitäten Cambridge und

Fribourg. Im Frühjahr 2012 leitete er im Auftrag der WBK des Ständerats eine Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Situation junger Forschender, und seit Herbst 2012 ist er Mitglied einer Arbeitsgruppe des Deutschen Wissenschaftsrats zur Neuorganisation der universitären Karrierewege in Deutschland. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Experten, Kritikers und Intellektuellen sowie die Theorie und Geschichte des Nationalismus. 2012 veröffentlichte er bei Cambridge University Press «The Origins of Nationalism: An Alternative History from Ancient Rome to Early Modern Germany».

In Kürze

12

BFI-Botschaft: 157 Millionen Franken mehr für die Hochschulen

In der Differenzberatung der Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2013–2016 hat der Ständerat einer Glättung der Kredite für die Hochschulen im Umfang von zusätzlichen 157 Millionen Franken zugestimmt. Neben der bereits abgelehnten Erhöhung für die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) wies die kleine Kammer aber auch zusätzliche Mittel für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zurück. Der Nationalrat hat diesem Kompromiss ohne weitere Diskussion zugestimmt.

Nationaler Innovationspark zwingend an mehreren Standorten

In der Beratung des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG) hat sich der Ständerat für die Errichtung eines nationalen Innovationsparks an mehreren Standorten entschieden. Damit folgt er dem Nationalrat, der sich bereits in der Frühlingsession für die explizite Verankerung dieser Bedingung im Gesetz ausgesprochen hatte. Die kleine Kammer folgte dem Vorschlag der Mehrheit ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) und entschied sich gegen den Vorschlag einer Minderheit, welche mehrere Standorte lediglich als eine mögliche Option gefordert hatte. Die Abstimmung fiel mit 21 zu 21 Stimmen jedoch äusserst knapp aus und musste durch die Stimme des Präsidenten entschieden werden. Im Weiteren begrüsst der Ständerat die vom Nationalrat ausgeweiteten Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes für einen nationalen Innovationspark. Zinslose Darlehen will die kleine Kammer jedoch nur mit einer zeitlichen Befristung erlauben.

Das revidierte FIFG regelt die künftige staatliche Förderung von Forschung und Innovation – insbesondere durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF), die Akademien der Wissenschaften und die Kommis-

sion für Technologie und Innovation (KTI) – und definiert die Rolle des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats (SWTR). Durch die Totalrevision wird das Gesetz an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Neben den Artikeln zu einem nationalen Innovationspark nahm der Ständerat verschiedene redaktionelle Änderungen am Gesetzestext vor. In den meisten Punkten folgte er den Vorschlägen des erstberatenden Nationalrats.

Bundesrat unterstützt Harmonisierung des Stipendienwesens

Mit einem indirekten Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative in Form einer Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes will der Bundesrat die Harmonisierung des Schweizer Stipendiensystems vorantreiben. Er nimmt in seiner Vorlage gezielt Bestimmungen des interkantonalen Stipendienkonkordats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) auf. Er will zusätzlich Anreize für die Kantone schaffen, damit diese bedürftige Studierende vermehrt unterstützen. Die eröffnete Vernehmlassung dauert bis zum 14. Februar 2013.

Postulat für Strategie und Massnahmen zur besseren Förderung von sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung

Nationalrat Mathias Reynard (SP) reichte im Sommer ein Postulat zur Förderung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung ein. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften soll verbessert werden. Der Bundesrat wurde beauftragt, eine Bestandsaufnahme der Herausforderungen auf diesem Gebiet vorzulegen. Er soll seine Strategie sowie konkrete geplante Massnahmen vorstellen, um die Forschung im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften in

Zukunft im Rahmen der Eingliederung des gesamten Gebiets Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement sowie der Schaffung des neuen Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation besser zu fördern. Der Bundesrat sieht keine Notwendigkeit und beantragte die Ablehnung. Das Postulat wurde im Plenum noch nicht beraten.

Die SAGW plant Schritte in dieselbe Richtung. Im Rahmen des Schwerpunktes «Wissenschaftskultur» schreibt sie eine Evaluation aus mit dem Zweck, die Umsetzung bisher empfohlener Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Geisteswissenschaften zu analysieren. Weitere Informationen dazu auf Seite ?? dieses Bulletins oder auf <http://www.sagw.ch/de/sagw/aktuelles/news-2012/cfp-gewi2012.html>

Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien hat zwei Stipendien für 2013 vergeben

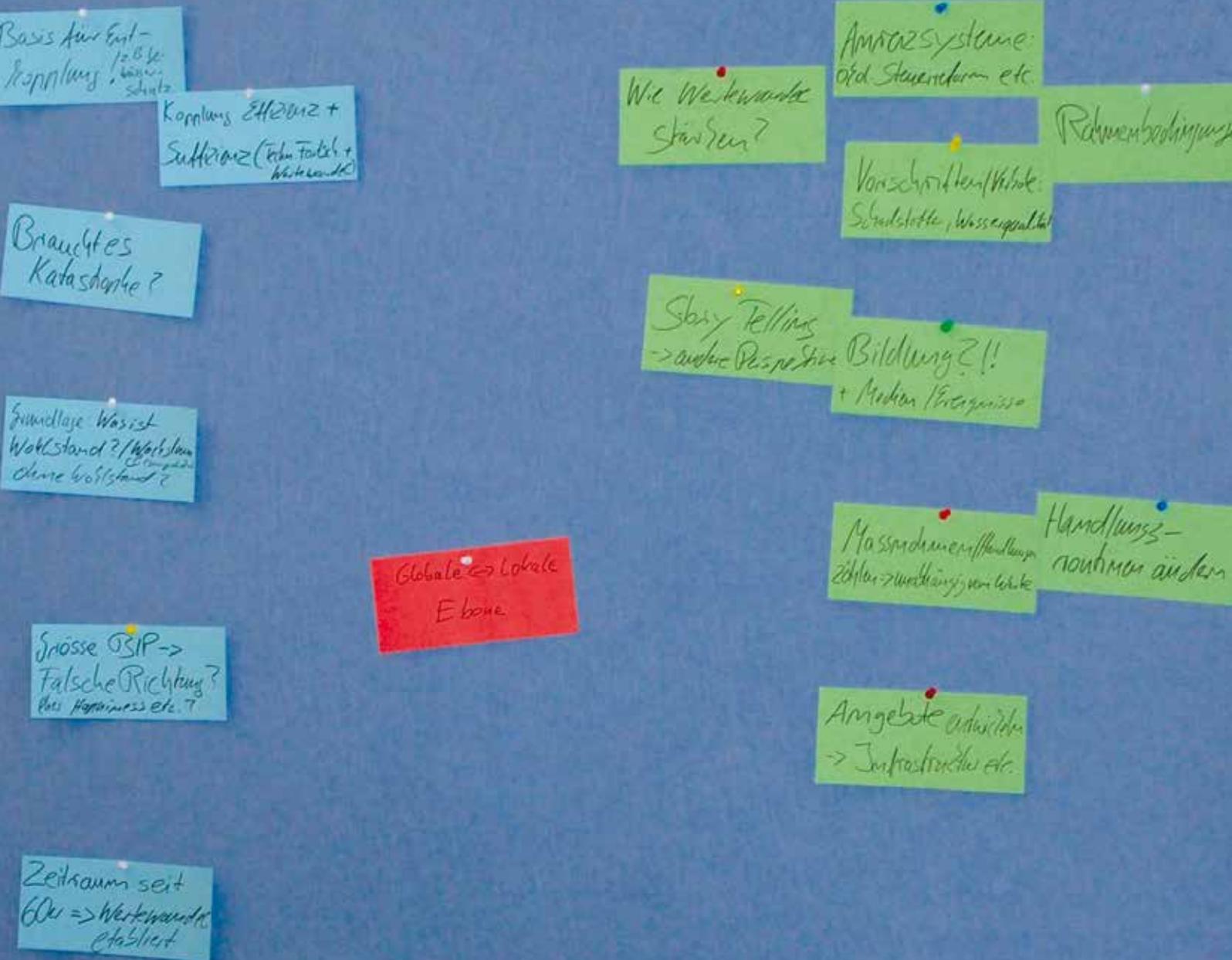
Die Stiftung Wissenschaftliche Politikstipendien hat im September 2012 wieder zwei Stipendien an junge Forschende vergeben. Die Sozialwissenschaftlerin Daniela Buchmann und der Historiker Andreas Behr erhalten Gelegenheit, ein Jahr lang für die Kommissionen der Bundesversammlung zu arbeiten und Erfahrung in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik zu sammeln.

Die Schweizer Hochschulen legen mit dem Verein swissuniversities den Grundstein für eine gemeinsame Rektorenkonferenz

Im November 2012 haben die universitären Hochschulen, die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen der Schweiz den Verein swissuniversities gegründet. Dieser bereitet die Zusammenführung der gegenwärtig drei Rektorenkonferenzen zu einer Konferenz vor, wie sie das neue Bundesgesetz über die

Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) vorsieht. swissuniversities wird das erste gemeinsame Organ sein, das im Hinblick auf die Inkraftsetzung des HFKG im Jahr 2015 entsteht. Präsidentin des Vereins wird Martine Rahier, Rektorin der Universität Neuchâtel.

Akademien der Wissenschaften Schweiz Académies suisses des sciences



«Törf's es bitzeli weniger sii?»

(ms) Am 7. November fand die gut besuchte Tagung der SAGW zum Thema «Nachhaltige Ressourcenverwendung und umweltgerechte Lebensstile» in Bern im Haus der Kantone statt. Diskutiert wurden der Forschungsstand in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie mögliche sozialwissenschaftliche Ansätze in diesem Bereich.

Die übermässige Inanspruchnahme von Ressourcen und deren Verschwendung stehen zurzeit weder auf der politischen Agenda, noch sind sie bei der Bevölkerung ein wichtiges Thema. Bisher haben sich denn auch vor allem die Natur- und Technikwissenschaften mit der Ressourcenfrage beschäftigt, obwohl die Geistes- und Sozialwissenschaften zur nachhaltigen Ressourcenverwendung wichtige Ansätze beisteuern könnten. Mögliche Handlungsfelder sind die Regenerierungsfähigkeit der Ökosysteme, die Erhöhung des Wirkungsgrades der Ressourcen aber auch das Senken des Gesamtkonsums. Gerade dort, wo es um eine Veränderung der Einstellung und des Handelns geht, auf der Ebene des Individuums, sind die Geistes- und Sozialwissenschaften bei der Suche nach Antworten stark gefordert.

Sozial- und geisteswissenschaftliche Ressourcenforschung in der Schweiz

Im Vorfeld der Tagung hat die SAGW eine Studie in Auftrag gegeben, welche den Stand der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung in der Schweiz zum Thema Ressourcenverwendung darlegt. Dr. Franziska Schmid, RisikoWissen, und Dr. Michael Stauffacher, ETH Zürich, haben die Forschungsaktivitäten an schweizerischen Universitäten und den beiden ETHs erhoben. Sie konnten über 150 Forschende zur Thematik identifizieren, wobei viele «Brückenwissenschaften» wie die Ökonomie, die Humangeographie oder

die Politikwissenschaften vertreten sind. Klassische Fächer aus den Geistes- und Sozialwissenschaften bleiben hingegen untervertreten, und ein grosser Teil der Forschenden ist an den ETHs tätig. Dies lässt sich dadurch erklären, dass ETHs und Forschungsanstalten über eigene Institute verfügen, welche explizit zu Ressourcenverwendung forschen, was an den universitären Instituten eher selten der Fall ist. Die Themen sind relativ heterogen, und es lassen sich keine eigentlichen Schwerpunkte erkennen, obwohl ökonomische und politische Fragestellungen dominieren. Eine stärkere Vernetzung der Geistes- und Sozialwissenschaften in diesem Forschungsbereich sowie eine integrative Forschung zusammen mit den Natur- und Technikwissenschaften wären wünschenswert.

Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Thematik

Als Ergänzung zu den klassischen soziologischen Ansätzen will die Lebensstilforschung nicht allein die Verteilung von Ressourcen in der Bevölkerung erklären, sondern auch die Verwendung dieser Ressourcen. Prof. Dr. Jörg Rössel, Universität Zürich, legte dar, dass sich Lebensstilgruppen deutlich in ihrer Ressourcenverwendung sowie in der Frage der Nachhaltigkeit unterscheiden. Ob existierende Lebensstile nun nachhaltiger gestaltet beziehungsweise nachhaltige Lebensstile entwickelt werden können und ob gar eine politische Regulierung zur Förderung nachhaltiger Lebensstile möglich ist, sind einige der Fragen, die sich in diesem Forschungsgebiet ergeben.

Eine weitere Herausforderung für die Sozialwissenschaften stellt sich bei der gesellschaftlichen Organisation von Stoffflüssen. «Damit die Produktionsweise an die natürlichen Stoffströme angepasst werden kann, müssen wir deren sozio-strukturellen Aspekte verstehen», erklärte Prof. Dr. Paul Burger von der Universität Basel. Anhand des sozialökologischen Regimes erklärte Burger die Instrumentarien, die den Sozialwissenschaften zur Analyse zur Verfügung stehen.

Fazit

Natur und Gesellschaft sind eng verflochten, nachhaltige Entwicklung ist daher immer auch eine Frage der Gesellschaft und damit der Sozialwissenschaften. Deren Aufgabe ist es, über Individuen, Einstellungen, Akzeptanz und dergleichen hinaus die sozioökonomischen, strukturellen Aspekte von kollektivem Handeln in den Blick zu bringen.

Hinweise

Sustainable Development at Universities

Programme (2013–2016)

Das «Sustainable Development at Universities Programme» der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) hat zum Ziel, das Thema Nachhaltige Entwicklung an Schweizer Universitäten stärker zu verankern. Das Netzwerk für transdisziplinäre Forschung (td-net) der Akademien der Wissenschaften Schweiz betreut und leitet das Programm. Projektanträge können in den folgenden Bereichen eingereicht werden:

- A) Lehre und Lernen für nachhaltige Entwicklung
- B) Studentische Projekte und Projekt-«Inkubatoren» für nachhaltige Entwicklung
- C) Forschung für nachhaltige Entwicklung

Eingabefrist: 31. Januar 2013

Studie zur Tagung

Die Ergebnisse der Tagung werden in die Studie «Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen – sozial- und geisteswissenschaftliche Forschungslandschaft in der Schweiz» einfließen, bevor sie veröffentlicht wird.

Hintergrundinformationen zum Thema finden Sie im Bulletin 4/12, «Nachhaltige Ressourcenverwendung und umweltgerechte Lebensstile».

Download unter: <http://www.sagw.ch/bulletin>

Weitere Informationen unter:

<http://www.sagw.ch/sagw/veranstaltungen/sagw-agenda-2012/ht12Lebensstile.html>

«Mut zur Lücke!»

(va) Am 23. und 24. Oktober 2012 fand in Basel in der Reihe «Zukunft Bildung Schweiz» der Akademien der Wissenschaften ein Kongress über die Förderung der MINT-Kompetenzen statt: Warum haben wir einen Fachkräftemangel in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), und wie können wir diesen beheben?

«Mein Vater war technisch sehr begabt, von Beruf Laborant, und kaufte mir eine elektrische Eisenbahn, an der vor allem er selber grosse Freude hatte. Immerhin übertrug sich die Freude auch auf mich. (...) Leider vergällte mir später ein Mathematiklehrer den Schulalltag, und es war klar, dass ich mich an der philosophisch-historischen Fakultät einschrieb.»

So erklärt ein Teilnehmer der moderierten Internet-Diskussionen, die im Vorfeld der Tagung stattfanden, warum er nicht eine naturwissenschaftlich-technische Karriere, sondern den geisteswissenschaftlichen Weg wählte. Auch Christoph Eymann, Regierungsrat und Erziehungsdirektor des Kantons Basel-Stadt, fragte sich in seiner Begrüssungsrede, warum er selber «in Mathe eine Null» war. Sein Lehrer habe zugelassen, dass sich Schüler komplett abhängen liessen und dem Unterricht nicht mehr folgen konnten.

Die Verantwortung der Volksschule

Tatsächlich sind Lehrpersonen insbesondere in Primarschule und Sekundarstufe I oft zu wenig gut für den Unterricht in den MINT-Fächern vorbereitet, erklärte Silvia Grossenbacher von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung. Beim Übergang von der Volksschule in naturwissenschaftlich-technische Berufsbildungen oder Gymnasien komme es aber auch auf ausserschulische Rollenvorbilder an, und dies seien in erster Linie Eltern mit einer Vorliebe für MINT-Themen. Auch Hans Ambühl von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren verwies auf die besondere Verantwortung der obligato-

rischen Volksschule, da die Zeit bis zum 15. Lebensjahr als zentral für Interessenbildung und Berufsfindung erachtet werde.

Nur 9,5 Prozent Ingenieurinnen

Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von *economiesuisse*, präsentierte die Zahlen: Gegenwärtig fehlen etwa 14 000 MINT-Fachkräfte; davon gibt es je etwa 4000 offene Stellen in der Elektrotechnik, der Maschinentechnik und der Informatik. Durch diesen Mangel, so Pascal Gentinetta, entgingen der Schweiz jährlich 2,5 Milliarden Franken und damit etwa 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Anteil Frauen an den beschäftigten Ingenieuren sei in der Schweiz mit 9,5 Prozent ausserordentlich niedrig, verglichen etwa mit den Niederlanden (18,7 Prozent) oder Schweden (25,5 Prozent). Zur Schliessung der MINT-Lücken müssten wir also vermehrt auch Frauen für MINT- und Ingenieurberufe begeistern sowie aufgrund der demographischen Entwicklung auch ältere Arbeitnehmer motivieren, in ihren MINT-Berufen weiterzuarbeiten. Schliesslich aber sei auch die Immigrationspolitik gezielt auf den Fachkräftemangel auszurichten: «Ohne hoch qualifizierte Immigranten geht es nicht!»

Der Fluch des Erfolges

Patrik Schellenbauer von *Avenir Suisse* gab zu bedenken, dass es einen Personalmangel ebenso in anderen Berufsfeldern gebe, etwa bei Gesundheits- und Pflegeberufen, Lehrern, Handwerkern oder Polizisten: «Wenn wir vermehrt Frauen in die MINT-Berufe bringen, dann fehlen sie woanders!» Es sei der «Fluch» des Erfolges eines kleinen Landes, dass der ökonomische Fussabdruck viel grösser sei als das Begabungspotenzial im eigenen Land. Die Schweiz importiere bereits heute mehr Zuwanderer mit Hochschulabschluss, als sie selber Hochschulabschlüsse produziere. «Mut zur Lücke!», sagte Patrik Schellenbauer, und: «Auf Dauer bleibt uns nur, zu überlegen, für welche Berufsfelder wir Arbeitneh-

18 mer importieren, und für welche wir die Leute zuhause ausbilden.»

Durchlässigere Wissenschaftskulturen

Das Schlusswort hatten zwei Vertreter der Akademien der Wissenschaften Schweiz: Rudolf Künzli, emeritierter Professor für Lehrplanforschung an der Universität Zürich, resümierte: «Mit dem Begriff «MINT-Fachkräftemangel» kriegt man Geld, aber als Diagnose reicht er nicht.» Denn der Fachkräftemangel sei ein gesamtgesellschaftliches Problem, zu dessen Lösung vor allem die strikte Zweiteilung in eine mathematisch-naturwissenschaftliche und eine sozial- und geisteswissenschaftliche Kultur abgeschwächt werden müsse. Solange die MINT-Fächer als eigene, geschlossene Welt betrachtet werden, solange werden die Grenzen zu dieser Welt für viele Menschen als wenig durchlässig erscheinen. Thierry Courvoisier, Präsident der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz, schloss die Tagung: «An den Schalthebeln von Politik und Gesellschaft sitzen heute vor allem Juristen und Ökonomen. Fänden sich dort mehr Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler, dann würde das vielleicht mehr Nachwuchs in die MINT-Fächer ziehen.»

Austausch auf Augenhöhe mit der Bevölkerung

(va) Am 27. und 28. September fand im Schloss Rapperswil der Kongress ScienceComm'12 statt. Der Kongress hat sich als Marktplatz der Ideen und Akteure der Wissenschaftskommunikation etabliert und dürfte in dieser Form in Mitteleuropa einmalig sein.

194 Teilnehmerinnen und Teilnehmer reisten auf Einladung der Stiftung Science et Cité nach Rapperswil. Aus dem Angebot an 74 Präsentationen und Workshops seien hier zwei Vorträge herausgegriffen.

Dialog für mehr Vertrauen

Gian-Andri Casutt, Mitarbeiter von Science et Cité, gab einen Rückblick über die letzten fünfzehn Jahre Wissenschaftskommunikation in der Schweiz: «1998 demonstrierten Wissenschaftler in weissen Kitteln in der Stadt Zürich. Grund war, dass die Gentech-Initiative kurz vor der Annahme stand. Die Demo der Wissenschaftler war das Fanal für die Gründung der Stiftung Science et Cité und gab der Wissenschaftskommunikation in der Schweiz einen neuen Schub.» Bis in die 80er-Jahre herrschte das «Defizit-Modell» in der Wissenschaftskommunikation vor, nach welchem die Skepsis in der Bevölkerung daher rühre, dass diese einfach zu wenig über Wissenschaft wisse. Wenn es den Wissenschaftlern gelinge, das Wissen zu erhöhen, steige automatisch das Verständnis. Dieses Modell habe sich jedoch als falsch erwiesen, meinte Gian-Andri Casutt: «Zahlreiche Studien konnten belegen, dass mit mehr Information nicht automatisch mehr Vertrauen entsteht.» Es entwickelte sich das «Dialog-Modell» der Wissenschaftskommunikation: Die Wissenschaft solle sich auf Augenhöhe mit der Bevölkerung austauschen, damit das gegenseitige Vertrauen gestärkt werden kann. Plattformen wie runde Tische und Wissenschaftscafés entstanden. «Der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft führt nicht über Journalisten oder andere Transformatoren, sondern über das Gespräch und

die Plattformen der Wissenschaftskommunikation, wo sich Forschende und Laien treffen», so Gian-Andri Casutt.

PR kann Journalismus nicht ersetzen

An den Kongress der Wissenschaftskommunikation wagte sich aber auch eine Vertreterin des Wissenschaftsjournalismus: Beate Kittl, Vorstandsmitglied des Schweizer Klubs für Wissenschaftsjournalismus, hielt den Input-Vortrag bei der Verleihung des «Prix Média akademien-schweiz». Unter dem Titel «Wer soll über Wissenschaft berichten – wenn nicht Journalisten?» beklagte sie, dass einer alarmierend schrumpfenden Zahl von Wissenschaftsredaktoren ein wachsendes Heer von Kommunikationsbeauftragten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gegenüberstehe. Dies führe dazu, dass die Kommunikatoren schleichend die Rolle der Journalisten übernahmen. Als Beispiel eines vorbildlichen Wissenschaftsjournalismus führte Beate Kittl die beiden Medizinbeiträge an, die dieses Jahr mit dem Prix Média der Akademien ausgezeichnet wurden: «Cécile Guerin deckt in ihrem Beitrag über die brachliegende Forschung zu seltenen Krankheiten die Verbindungen und Geldflüsse zwischen öffentlicher Forschung und Pharmaindustrie auf. Und Odette Frey erfrecht sich gar zu fragen: Medizin – nur teuer oder auch nützlich? Würde es die Kommunikationsabteilung eines Universitätsspitals wagen oder für nötig befinden, diese Frage in den Raum zu stellen? Ich vermute nicht.»

Hinweis

ScienceComm'12

Weitere Informationen zum Kongress ScienceComm'12 unter www.sciencecomm.ch

«Prix Média akademien-schweiz» in Geistes- und Sozialwissen- schaften 2012

20

(ms) Am Donnerstag, 27. September 2012, wurde im Rahmen des Kongresses ScienceComm'12 in Rapperswil der mit insgesamt 40 000 Franken dotierte «Prix Média akademien-schweiz» verliehen. Für ihre gelungene Wissensvermittlung ausgezeichnet wurden This Wachter (Technische Wissenschaften), Olivier Dessibourg (Technische Wissenschaften), Odette Frey und Cécile Guerin (Medizin), Fleur Daugey (Naturwissenschaften) sowie An Lac Truong Dinh und Sabine Bitter (Geistes- und Sozialwissenschaften).

Der junge Historiker An Lac Truong Dinh skizziert fundiert und seriös in der Sendung von Sabine Bitter das intensive, aber kurze Leben des Schweizer Fremdenlegionärs und Deserteurs Emil Selhofer. Die Sendung wurde in «Passage2» am 9. März 2012 auf DRS 2 ausgestrahlt. Sie präsentiert Briefauszüge, spannende Kommentare und unterlegt diese gekonnt mit passender Musik. Der Schweizer Matrose Emil Selhofer verlässt 1944 seine Heimat und tritt in die französische Fremdenlegion ein, mit der er in den Indochinakrieg zieht. Dort wird er, wie er nach Hause schreibt, zum Verbrecher gemacht. Er desertiert und schliesst sich der vietnamesischen Befreiungsbewegung an, die den französischen Kolonialisten Widerstand leistet. Nach mehreren Jahren in der Fremde will Emil Selhofer zurück in die Schweiz, doch der Rückweg ist ihm versperrt. Seine Spur verliert sich im nordvietnamesischen Dschungel.

Biographie von An Lac Truong Dinh

An Lac Truong Dinh, 1981 geboren, studierte Geschichte und Soziologie an den Universitäten Basel, Lausanne und Freiburg im Breisgau. Er ist jetzt Doktorand an den Historischen Seminaren den Universitäten Basel und Bern. Er übernahm diverse Stellvertretungen in den Be-

zirksschulen Möhlin und Frick für die Sekundarstufe I, arbeitete unter anderem als Hilfswerkvertreter für das Arbeiterhilfswerk Basel SAH sowie als wissenschaftlicher Assistent am Historischen Institut der Universität Bern. Er verfasste 2006 seine Lizentiatsarbeit zum Thema «Von der Fremdenlegion zum Viêt Minh: Emil Selhofer, ein Schweizer Überläufer im französischen Indochinakrieg», für welche er ein summa cum lauda erhielt.

Biographie von Sabine Bitter

Sabine Bitter ist 1963 in Basel geboren. Nach dem Studium der Geschichte, der deutschen Literatur-, Sprachwissenschaft und Philosophie an der Universität Basel sowie der Technischen und Freien Universität in Berlin und einem Lizentiat über Kinderarbeit in der Schweizer Textilindustrie am Ende des 19. Jahrhunderts begann Sabine Bitter ihre Karriere als Journalistin und Redaktorin bei SR DRS. Seit 1990 ist sie beim Regionaljournal Basel in der Inlandredaktion und seit 2000 in der Redaktion Gesellschaft der Abteilung Kultur von SRF tätig. Sie ist zuständig für Themen im Bereich Geschichte, Bildung, Innenpolitik und Europa. Zwischen 2005 und 2008 war sie am Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds über Verdingkinder in der Schweiz beteiligt. Sie ist Mitautorin des Buchs «Versorgt und vergessen. Ehemalige Verdingkinder erzählen», herausgegeben von Loretta Seglias und Marco Leuenberger, erschienen 2008 im Rotpunktverlag. Sie ist regelmässig in redaktionsübergreifenden Sendereihen zu historischen und gesellschaftspolitischen Themen auf DRS 2 tätig, etwa 2009 «Wunder, Wende, Wandel – 20 Jahre Mauerfall» und 2010/2012 in der Reihe «Europäische Gespräche».

«For Women in Science» – 3^e édition

Dans le cadre de la troisième édition du programme de bourses «For Women in Science», L'Oréal Suisse, en coopération avec la Commission suisse pour l'UNESCO et les Académies suisses des sciences, lance un nouvel appel à candidatures auprès de la relève scientifique féminine. La date limite de soumission des dossiers est fixée au 1^{er} mars 2013.

Avec l'attribution d'une bourse divisible à hauteur de Fr. 160 000, le programme «For Women in Science» vise à encourager davantage de femmes dans l'accomplissement d'une carrière dans le domaine de la recherche scientifique et à promouvoir l'excellence. Tous les deux ans, une à deux post-doctorantes sont ainsi soutenues pour une durée de 12 à 24 mois.

Le programme de bourses s'adresse à une relève scientifique féminine de talent active dans le domaine de la médecine, de la biologie, de la chimie ou de l'ingénierie biomédicale, qui voit sa carrière mise en danger pour des raisons matérielles. Le programme soutient des chercheuses post-doc de toutes nationalités dont le projet de recherche s'inscrit dans le cadre d'une institution en Suisse.



21

Informations

Sélection

La procédure de sélection est traitée par un jury d'experts scientifiques indépendant dirigé par le Président des Académies suisses des sciences.

Dépôt des candidatures

Dépôt des candidatures par e-mail jusqu'au 1^{er} mars 2013 auprès des Académies suisses des sciences: nadja.birbaumer@sagw.ch

Pour de plus amples informations:
www.akademien-schweiz.ch/LOreal

SAGW-News
News ASSH



16 Empfehlungen zur Stärkung der Geistes- wissenschaften

(mi) Weder in Europa noch in der Schweiz zählen die Geisteswissenschaften zu den prioritär geförderten Forschungsbereichen. Vielmehr wird ihre Bedeutung und Relevanz in der veröffentlichten Meinung wie im politischen Diskurs immer wieder in Frage gestellt, oft verkannt und regelmässig unterschätzt. Dies war unserer Akademie Anlass, eine Standortbestimmung vorzunehmen, Defizite zu identifizieren und zukunftsweisende Perspektiven aufzuzeigen. Auf der Grundlage der geführten Diskussion wurde das Positionspapier «Für eine Erneuerung der Geisteswissenschaften» ausgearbeitet, das insgesamt 16 Empfehlungen zur Stärkung und Neupositionierung der Geisteswissenschaften enthält.

«Die Geisteswissenschaften müssen sich wehren» (BAZ, 11.9.2012), «Die Textmonster der Wissenschaft: Geisteswissenschaftler in der Kommunikation» (NZZ, 9.7.2012), «Es kann keine Geisteswissenschaften ohne Krise geben» (AlumniMagazin Universität Basel, 1/2012) oder «Die Angst, vermessen zu werden» (WOZ, 5.5.2011): die Liste der Zeitungsartikel, die den Sinn und Nutzen der Geisteswissenschaften, deren Wissenschaftlichkeit oder Schwierigkeiten in Zeiten einer immer stärker regulierenden Hochschulsteuerung thematisieren, ist lang.¹

Das kritische Selbstverständnis der Geisteswissenschaften wie auch deren Legitimationsdruck gegenüber der Politik und Wirtschaft gehören wohl seit jeher zum Alltag geisteswissenschaftlicher Praxis. Dennoch gerät das geisteswissenschaftliche Wissenschaftsverständnis zunehmend in Kollision mit Megatrends in anderen wissenschaftlichen Disziplinen und mit wissenschafts- und forschungspolitischen Vorgaben.

Vier Handlungsfelder in der Diskussion

Im Rahmen des dreitägigen Kongresses «Für eine neue Kultur der Geisteswissenschaften?» (30. November bis 2. Dezember 2011) wurden vier zentrale Handlungsfelder geisteswissenschaftlicher Praxis diskutiert, die jeweils durch einen Problematisierungsbegriff greifbar gemacht wurden:

- Forschung im Zeichen der Projektifizierung
- Lehre im Zeichen der Employability
- Hochschulsteuerung im Zeichen von Qualität und Leistung
- Öffentlichkeiten im Zeichen der Nutzung

Repräsentantinnen und Repräsentanten der Geisteswissenschaften, der Wissenschaftsforschung sowie Referentinnen und Referenten aus hochschulpolitischen Schlüsselpositionen diskutierten die gestellten Problemlagen, woraus eine gehaltvolle und anregende Publikation resultierte.² Die Beiträge identifizieren problematische Mechanismen, decken Disparitäten im Wissenschaftsverständnis zwischen den Disziplinen auf und zeigen mögliche Massnahmen zur Stärkung der Geisteswissenschaften auf. Gestützt auf die aus dieser breiten Diskussion hervorgegangenen Vorschläge von rund 30 Expertinnen und Experten hat die zuständige Arbeitsgruppe der Akademie Empfehlungen «Für eine Erneuerung der Geisteswissenschaften» ausgearbeitet. Sie wurden im Peer-Review-Verfahren von zehn geisteswissenschaftlichen Akteurinnen und Akteuren eingehend geprüft und vom Vorstand der Akademie verabschiedet. Analog zur Strukturierung der Tagung beziehen sie sich auf die drei Handlungsfelder der Forschung, Lehre und Qualitäts- und Leistungsmessung (siehe Kasten).

¹ Eine Dokumentation rund um die Situation der Geisteswissenschaften ist unter dem Link www.sagw.ch/geisteswissenschaften abrufbar.

² Das Programm der Veranstaltung wie auch die Akten des Kongresses stehen ebenfalls unter dem Link www.sagw.ch/geisteswissenschaften zur Verfügung.

Empfehlungen – diskutieren Sie mit!

Mit den Empfehlungen will die Akademie einen Beitrag zur künftigen Positionierung, Ausrichtung und Entwicklung der Geisteswissenschaften leisten. Dabei liegt ihr sehr daran, dass die Empfehlungen im Kreise der Lehrenden, der Leitungsorgane der Hochschulen, der Förderorganisationen sowie von den bildungspolitischen Institutionen eingehend diskutiert werden. Interessierte Forschende, engagierte Studierende, Forschungsförderinnen und weitere Adressaten sind daher gebeten, diese Diskussion zu führen und zu ermöglichen. Unter anderem bietet sich die Gelegenheit auf unserem Blog www.sagw.ch/blog. An Rückmeldungen und Reaktionen ist die Akademie in hohem Masse interessiert.

Positionspapier**Auszug aus den Empfehlungen**

«Die Zeit ist reif für eine ebenso kritisch wie selbstbewusst geführte Diskussion darüber, wie die Geisteswissenschaften auf die massgeblich veränderte Lage reagieren sollten. Wie können sie sich neu positionieren? Welche Reformen sind nötig? Wo braucht es zusätzliche finanzielle Mittel? Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften will zu dieser Diskussion mit Empfehlungen zu drei besonders relevant erscheinenden Bereichen beitragen: Die Gestaltung der Curricula (Lehre), die universitäre Strukturierung der Geisteswissenschaften (Forschung), die Qualitäts- und Leistungsmessung (Forschung und Lehre).» (S. 10)

«So liesse sich die Ausbildung deutlich verbessern durch:

- ein gemeinsames Selbstverständnis,
- ein hohes Bewusstsein darüber, was die Geisteswissenschaften zur Bewältigung der grossen Herausforderungen unserer Zeit (den «grand challenges») beitragen können,
- eine vermehrte Förderung von transversalen Kompetenzen und
- eine grössere Akzeptanz des Bachelors als eigenständigen Abschluss.» (S. 12)

Das Positionspapier steht unter dem folgenden Link zum Download bereit: www.sagw.ch/publikationen (Nachhaltige Entwicklung)

Neue Schwerpunkte in der SAGW

(bk) Die SAGW konzentriert seit Jahren ihre Aktivitäten rund um Themen-Schwerpunkte. Da sich die Inhalte in den letzten Jahren etwas verschoben haben, hat die SAGW ihre Schwerpunkte neu ausgerichtet und von bisher vier auf drei reduziert.

Neue Entwicklungen aufgreifen, gesellschaftlich relevante Themen bearbeiten und das Wissen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft aufbereiten sind Kernaufgaben der SAGW. Da dies nicht auf allen Gebieten möglich ist, konzentriert sich die SAGW seit Jahren auf Themenschwerpunkte. Die Schwerpunkte «Sprachen und Kulturen» und «Nachhaltige Entwicklung» werden auch in nächster Zeit weiterbearbeitet. Neu wird ab 2013 der Schwerpunkt «Alpenforschung», der weitgehend von der Interakademischen Kommission für Alpenforschung (ICAS) betreut wird, dem Schwerpunkt «Nachhaltige Entwicklung» zugeordnet. Der Schwerpunkt «Wissenschafts- und Technikforschung» wird aufgelöst und durch «Wissenschaft im Wandel» ersetzt. Dieser wird sich in erster Linie an die Forschungsgemeinde richten und neue Entwicklungen und Arbeitsmethoden im Forschungsbetrieb thematisieren.

«Sprachen und Kulturen»

Die SAGW setzt sich ein für die wissenschaftliche Erforschung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt der Schweiz sowie deren Folgen auf das Zusammenleben im Alltag: Wahl zwischen Französisch oder Englisch als erste Fremdsprache, Mehrsprachigkeit, Valorisierung des sprachlichen und kulturellen Potenzials von MigrantInnen, kulturelle Vielfalt und immaterielles Kulturerbe sind einige der Herausforderungen, mit denen sich Lehrerinnen, Politiker und nicht zuletzt die gesamte Bevölkerung auseinandersetzen müssen.

Im Themenkreis «Sprachen und Kulturen» finden sich viele der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, denn eine multikulturelle, multilinguale

und multireligiöse Gesellschaft bringt nicht nur Vielfalt und Bereicherung, sondern kann auch zu Missverständnissen und Konfliktsituationen führen.

«Nachhaltige Entwicklung»

Nachhaltige Entwicklung besteht aus drei Dimensionen: Neben den natürlichen Ressourcen müssen auch ökonomische und soziokulturelle Aspekte berücksichtigt werden. Für eine umfassende Sicht braucht es die Geistes- und Sozialwissenschaften, und hier setzt der Schwerpunkt «Nachhaltige Entwicklung» der SAGW an. Besonders stark fokussierte die SAGW in letzter Zeit auf die nachhaltige Gestaltung der Sozialstruktur, namentlich auf Fragen der Generationen- und Sozialpolitik. Die SAGW bearbeitet die weiteren Themen in Zusammenarbeit mit anderen Akademien, beispielsweise mit der naturwissenschaftlichen Akademie (www.scnat.ch) im Bereich Ressourcenverwendung und Alpenforschung und mit der technischen Akademie (www.satw.ch) im Bereich der Energieversorgung.

Die SAGW identifiziert frühzeitig mögliche Handlungsfelder und arbeitet Empfehlungen zuhanden der Behörden aus.

«Wissenschaft im Wandel»

Qualitäts- und Leistungsmessung, Akquisition von Drittmitteln, Forschungsgrossprojekte, «evidence-based politics» – die Herausforderungen in der Wissenschaft und die Anforderungen an die Forschenden ändern sich. Gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften stehen heute unter einem ungewohnten Legitimationsdruck. Mit diesem Schwerpunkt will die SAGW ein gemeinsames Verständnis innerhalb der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen fördern und deren Bedeutung hervorheben. Sie beobachtet Entwicklungen in der Arbeits- und Forschungsmethodik und setzt sich für neue Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften ein.

Die SAGW analysiert die Ansprüche an die Forschung und erarbeitet Empfehlungen an die Forschungsgemeinschaft und die Forschungsförderung. In einzelnen interdisziplinären Forschungsfeldern gibt die SAGW einen Überblick über die aktuelle Forschung und identifiziert Forschungslücken, vorwiegend mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen.

Zur Diskussion

Blog

Die Diskussion zu den Schwerpunktthemen wird neu auch auf dem Blog der SAGW geführt: www.sagw.ch/blog. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich daran beteiligen.

Veranstaltungshinweis

Am Ende des Lateins

Pro und contra Lateinobligatorium für geisteswissenschaftliche Studiengänge – eine Podiumsveranstaltung der SAGW

Datum: 12. Februar 2013

Ort: Kuppelraum, Universität Bern

Das Lateinobligatorium an Schweizer Universitäten für geisteswissenschaftliche Studiengänge stand in letzter Zeit erneut zur Debatte. Einzelne Universitäten oder Fakultäten haben sich für oder gegen die Beibehaltung des Latinums ausgesprochen, andere werden sich dieser Frage noch stellen müssen. So wird seit Kurzem in Basel – in Bern schon länger – auf den formalen Nachweis der Lateinkenntnisse für die meisten Studienrichtungen auf Masterebene verzichtet. Die philosophisch-historische Fakultät der Universität Zürich hält hingegen am Latein fest.

Die am häufigsten genannten Gründe für eine Lockerung der Anforderungen betreffen die sinkende Bedeutung des Lateins im Unterricht sowie die Befürchtung, im Wettbewerb um Studierende mit dieser zusätzlichen propädeutischen Hürde nicht bestehen zu können. Die Befürworter halten an der lateinischen Grundausbildung als sine qua non zum Verständnis der europäischen Geschichte und Kultur fest.

Podiumsgespräch und Diskussion

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) lädt Befürworter und Kritiker zu einem Podiumsgespräch ein, um die Argumente pro und contra Latein gemeinsam mit dem Publikum zu diskutieren. Die Veranstaltung fügt sich ein in den thematischen Schwerpunkt «Wissenschaftskultur der Geisteswissenschaften» der Akademie (www.sagw.ch/geisteswissenschaften).

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.sagw.ch/veranstaltungen

Gesundheitsforschung: Perspektiven der Sozialwissenschaften – Tagung und Website

(ms) Am Freitag, 14. Juni 2013, findet an der Universität Fribourg eine Tagung der SAGW zum Thema «Gesundheitsforschung: Perspektiven der Sozialwissenschaften» statt. Um die Vernetzung der Forschenden auf diesem Gebiet zu verbessern, ist zudem eine thematische Website geplant.

Gerade wegen seiner Leistungsfähigkeit stösst das medizinische Versorgungssystem der Schweiz nicht nur an finanzielle, sondern auch an personelle Grenzen. Dabei ist gemessen am Gewinn von funktionaler Lebensqualität und von Lebensglück nicht jede mögliche medizinische Intervention sinnvoll und wünschbar. Die Zahl der Personen, die trotz gesundheitlichen Einschränkungen ein selbstbestimmtes Leben führen wollen, nimmt auch aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu. Schliesslich benötigt die zunehmende Zahl von Betroffenen mit Mehrfacherkrankungen, sogenannter Multimorbidität, neue Behandlungskonzepte und -strategien. Sozialwissenschaftliche Ansätze und Methoden sind in hohem Masse geeignet, einen Beitrag zur Bewältigung dieser Problemlagen und Herausforderungen zu leisten. Im Anschluss an den Bericht «Gesundheitsforschung in der Schweiz – Thematische Schwerpunkte, institutionelle Verankerung» (SAGW 2012) und mit dem Ziel, einen langfristig wirksamen, für die Praxis relevanten Beitrag zur Stärkung der sozialwissenschaftlichen Gesundheitsforschung zu leisten, will die SAGW zukunftsweisende Konzepte, Methoden und Perspektiven der Gesundheitsforschung zur Diskussion stellen. Als wegweisend erachten wir dabei die Konzepte der Vulnerabilität, der Resilienz und der Lebensqualität sowie ihre Stabilisierung im Lebensverlauf. Gemeinsam ist ihnen ein dynamisches Verständnis von Gesundheit.

Website für bessere Vernetzung

Parallel dazu und ebenfalls vom Bericht «Gesundheitsforschung in der Schweiz – Thematische Schwerpunkte

te, institutionelle Verankerung» ausgehend wird beim Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften (FORS) eine Website aufgebaut, welche die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft der Schweiz zur Thematik Gesundheitsforschung abbildet. Ziel sind ein Verzeichnis der Personen und Institutionen aus den Sozialwissenschaften sowie ihre Koordination und Vernetzung.

Dodis goes iPhone

Thomas Bürgisser, DDS

Die Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen kann neu auch vom iPhone aus erschlossen werden: mit der offiziellen Dodis-App der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz DDS. Sie ist natürlich viersprachig und bietet freien und direkten Zugriff auf die Datenbank Dodis und auf die e-Book-Reihe «Quaderni di Dodis». Ebenfalls informiert sie über News und laufende Aktivitäten der Forschungsgruppe sowie die Medienberichterstattung über die DDS. Die erste iPhone-App eines zeitgeschichtlichen Forschungsprojekts in der Schweiz steht ab sofort zum kostenlosen Download im Apple App Store bereit.

Ausschreibung

Ausschreibung einer Evaluation zur Förderung der Geisteswissenschaften in der Schweiz im Zeitraum 2002 bis 2012

(mz/bk) Im Rahmen des Schwerpunktes «Wissenschaftskultur» schreibt die SAGW eine Evaluation aus mit dem Zweck, den Grad der Umsetzung bisher empfohlener Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Geisteswissenschaften zu prüfen.

Seit 2002 wurden in erster Linie durch den Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat (SWTR), aber auch durch das damalige Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) verschiedentlich Massnahmen zur Förderung der Geisteswissenschaften empfohlen und ihre Umsetzung teilweise beschlossen. Als Schwäche wurden insbesondere das Betreuungsverhältnis, die fehlenden akademischen Karrierestrukturen und die ungenügende internationale Ausrichtung identifiziert. Sowohl SWTR wie auch BBW empfahlen diverse Gegenmassnahmen.

Ziel der Evaluation

Vor dem Hintergrund dieser Massnahmen und Empfehlungen soll auf verlässlichen quantitativen und qualitativen Grundlagen geprüft werden, ob die Geisteswissenschaften über die letzten zehn Jahre in der beabsichtigten Form verstärkt und spezifisch gefördert wurden. Auf dieser Grundlage soll schliesslich – unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung – beurteilt werden, ob die erfolgte Förderung hinreichend und wirksam war bzw. die ergriffenen Massnahmen Effekte zeitigen, die sich mit der allgemeinen Entwicklung nicht erklären lassen. Zu beurteilen ist also, ob die Position der Geisteswissenschaften über die letzte Dekade durch gezielte Massnahmen signifikant gestärkt wurde oder nicht.

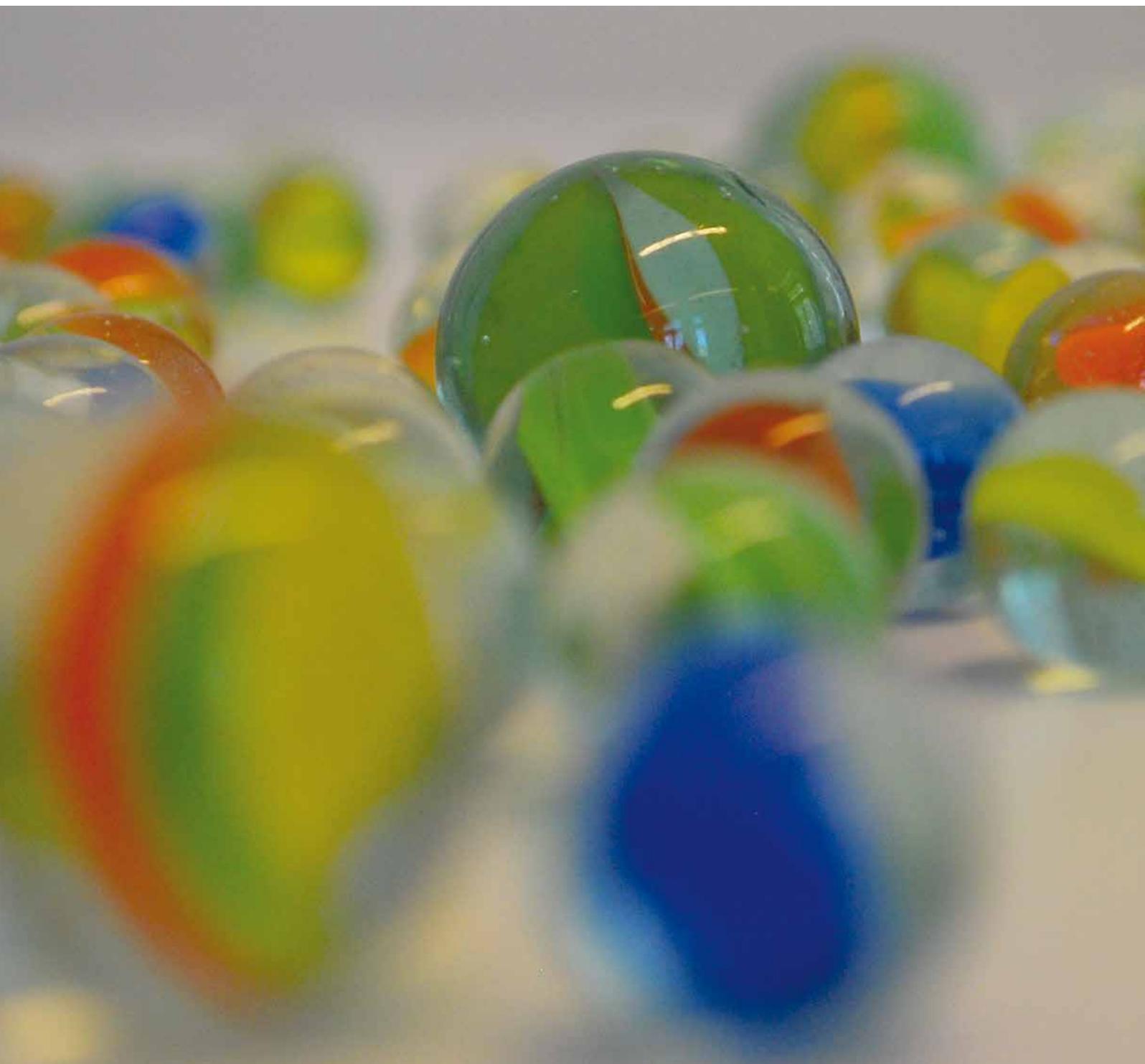
Methodik

Die gewählte Erhebungsmethode ist Bestandteil der Offerten. Von den EvaluatorInnen wird erwartet, dass sie unabhängig sind und dass sie über die notwendige Sachkenntnis und Erfahrung im Bereich der Hochschul- und Forschungsevaluation verfügen.

Weitere Informationen zur Ausschreibung finden Sie unter:

<http://www.sagw.ch/de/sagw/aktuelles/news-2012/cfp-gewi2012.html>

Schwerpunkte
Projets prioritaires



«Kreativität und Innovation» – ein Praxisbeispiel

Interview mit Sine Diagne Jeanneau

An der SAGW-Tagung «Kreativität und Innovation» Ende 2011 wurde betont, welche Chancen sich aus der Zusammenarbeit verschiedener Kulturen ergeben können. Crescenda ist ein Projekt, das ebendiese Chancen fördern will. Als erstes schweizerisches Gründungszentrum für Kleinstunternehmen von Migrantinnen baut Crescenda auf das Können und Wissen der Immigrantinnen. Mit Sine Diagne Jeanneau von Crescenda sprach Manuela Cimeli.

Manuela Cimeli Was ist der Verein Crescenda, von wem und wozu wurde er gegründet, und welche Ziele verfolgt er?

Sine Diagne Jeanneau Crescenda ist ein Dreipartnenbetrieb – bestehend aus dem Gründungszentrum, der Raumvermietung und dem Bistrot. Das Gründungszentrum wurde von Frau Dr. Beatrice Speiser ins Leben gerufen, um Migrantinnen, die sich selbständig machen wollen, auszubilden. Frauen mit einem ausländischen Hintergrund sind oft mit einem schwierigen Einstieg in den Schweizer Arbeitsmarkt konfrontiert. So werden ihre Diplome oder Abschlüsse häufig nicht anerkannt, sprachliche Barrieren oder fehlende Kontakte behindern eine Anknüpfung an das ursprüngliche Tätigkeitsfeld, oder es bestehen Verunsicherungen bezüglich des neuen kulturellen Umfelds. Das Gründungszentrum Crescenda setzt bei diesen Problemen an und baut dabei auf das Können und Wissen der Immigrantinnen. Mittels eines umfassenden Lern-, Beratungs- und Coachingprogramms werden sie in die wirtschaftliche Selbständigkeit begleitet, entsprechend geschult und unterstützt. Dadurch wird die unmittelbare, sozial nachhaltige und berufliche Integration der Immigrantinnen angestrebt.

MC An wen richtet sich das Angebot von Crescenda?

SDJ Das Gründungszentrum Crescenda richtet sich an Immigrantinnen mit Wohnsitz in der Nordwestschweiz und geregelter Aufenthalt, die über elementare Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen und sich beruflich weiterentwickeln wollen.

MC Welches sind die grössten Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit den Migrantinnen?

SDJ Die grösste Herausforderung ist die Kommunikation. Obwohl alle bei Crescenda beteiligten Frauen die deutsche Sprache grösstenteils beherrschen (Deutsch ist die gemeinsame Arbeitssprache), tauchen immer wieder Missverständnisse auf, weil wir unterschiedliche kulturelle Referenzen haben. Pünktlichkeit zum Beispiel hat nicht in allen Kulturen die gleiche Bedeutung, die sie im deutschsprachigen Raum hat, oder Höflichkeitssignale sind anders bei einer vietnamesischen Frau als bei einer kolumbianischen Frau.

Bei Crescenda muss jede Mitarbeiterin und jede Kursteilnehmerin lernen, mit diesen Unterschieden umzugehen. Das heisst, wir müssen miteinander reden, reden und reden ... um die Klischees, Muster und Vorurteile zu identifizieren und ihre Auswirkungen zu vermindern. Zudem müssen die Arbeitsregeln klar und für alle gleich sein.

MC Inwiefern ist das Programm von Crescenda nachhaltig, welche Erfahrungswerte liegen vor?

SDJ Crescenda setzt ganz deutlich auf Nachhaltigkeit. Wir streben die Selbständigkeit von Migrantinnen an. Das heisst, sie sollen auf eigenen Beinen stehen können, so dass sie beispielsweise weg von der Sozialhilfe kommen und eine eigene wirtschaftliche Grundlage für sich schaffen können. Nachhaltig ist das Programm auch insofern, als die von den Kursteilnehmerinnen gegründeten Firmen zum Teil neue Arbeitsplätze schaffen.

Crescenda-Frauen gelten als Vorbilder der sozialen und wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen in unserer Gesellschaft und fördern auf diese Weise das Empowerment weiterer Migrantinnen. Sie sind auch

«Das heisst, wir müssen miteinander reden, reden und reden ... um die Klischees, Muster und Vorurteile zu identifizieren und ihre Auswirkungen zu vermindern.»

30 Vorbilder für die eigenen Kinder und Leute in ihrem Umfeld. Das ist der Schneeballeffekt.

MC Welches sind konkrete Pläne und Wünsche des Crescenda-Teams für die nächsten zwei, drei Jahre?

SDJ 2013 wird unser erster Crescenda-Gastrokurs angeboten. Der Kurs wendet sich spezifisch an Migrantinnen, die in der Gastronomie tätig werden wollen. Im theoretischen Teil dieses Kurses werden verschiedene Module wie Preisberechnung, Marketing, Lebensmittelverpackung und Transport usw. unterrichtet. Im praktischen Teil lernen die Frauen in unserem hauseigenen Bistrot und in der Raumvermietung ganz konkret, was Organisation und Betreuung der Gäste bedeutet. Sie lernen, Seminare und Feste zu veranstalten und Gäste zu bewirten.

In der Kontinuität dieses Kurses wollen wir Crescenda als erste Adresse für exotisches Essen und Getränke im Grossraum Basel positionieren. Wir wollen eine Partnerschaft mit den Kursabsolventinnen schliessen, wobei wir unter dem Doppel-Label «Crescenda-Frau X»

«In der Kontinuität dieses Kurses wollen wir Crescenda als erste Adresse für exotisches Essen und Getränke im Grossraum Basel positionieren.»

ihre Produkte vermarkten und verkaufen. Wir haben zum Beispiel bereits eine Karte von hausgemachten exotischen Sommergetränken in Zusammenarbeit mit einigen Kursabsolventinnen entwickelt. Diese Getränke kann man ab dem nächsten Jahr direkt in unserem Bistrot und in Partnergeschäften kaufen oder bestellen.

Interview: Manuela Cimeli

Hinweis

Website

www.crescenda.ch

Firmengründungsverzeichnis von Crescenda:

www.crescenda.ch/?page_id=414

Italienischbünden: Zur Ubiquität des kulturellen Mosaiks der Schweiz

Sacha Zala, Präsident Pro Grigioni Italiano

Die Pro Grigioni Italiano (www.pgi.ch) vertritt seit 1918 die Anliegen Italienischbündens. Aufgrund der Sprachengesetze auf nationaler und kantonaler Ebene haben der Bund und der Kanton Graubünden der Pgi den Auftrag gegeben, die italienische Sprache und Kultur in Graubünden zu schützen und zu fördern. Auch nach 95 Jahren versteht sich die Pro Grigioni Italiano als Sprach- und Kulturorganisation, welche die Interessen der italienischsprachigen Bündner Bevölkerung und der Italianità im Allgemeinen auf allen staatlichen Ebenen in der Schweiz wahrnimmt.

Die Pgi trägt mit ihrem Engagement dazu bei, das kulturelle Erbe des Kantons Graubünden zu wahren, und sie versteht ihre Arbeit als aktiven Beitrag zum Zusammenhalt der Willensnation Schweiz. Eine Willensnation lebt vom Austausch ihrer Sprachgruppen und Kulturen und von gegenseitiger Achtung. Die rauen Zeiten, in denen wir leben, lassen leider zuweilen beides vermissen.

Italienisch gibt es nicht nur im Tessin

Die Gleichsetzung des Kantons Tessin als Pars pro Toto für die «italienische Schweiz» ist derart unverrückbar in der kognitiven Kartographie der meisten Eidgenossen verankert, dass es ratsam erscheint, hier gleich einige Grundinformationen zu Italienischbünden – also dem italienischsprachigen Teil Graubündens – zu liefern. Italienischbünden besteht aus drei Regionen, die geographisch getrennt sind: dem Calancatal und dem Misox, dem Bergell und dem Puschlav. Die Bevölkerung dieser Gebiete umfasst ungefähr 13 000 Personen, die mit den weiteren Bündnern italienischer Sprache, die insbesondere im Raum Chur und im Oberengadin leben, das italienischsprachige Graubünden (zirka 10 Prozent der Bündner Bevölkerung bzw. 20 000 Personen) ausmachen. Zusammen mit dem Kanton Tessin bildet Italienischbünden also die «italienische Schweiz».

Ungenügende politische Vertretung

In einem Essay, der in den «Quaderni grigionitaliani» (<http://ggi.pgi.ch>) veröffentlicht wurde, verglich der Lausanner Professor Hans Ulrich Jost die Situation der Italienischbündner mit derjenigen der Bevölkerung des (Halb-)Kantons Appenzell Innerrhoden. Die demographischen Dimensionen sind ähnlich, doch dieser Halbkanton ist – im Gegensatz zu Italienischbünden – von zwei Parlamentariern in der Bundesversammlung vertreten; er stellt zudem mit seiner kantonalen Exekutive ein Mitglied in der Konferenz der Kantonsregierungen und geniesst demzufolge eine privilegierte Stellung in allen Sektoren der öffentlichen Administration, womit er seine Interessen effektiv verteidigen kann. Italienischbünden besitzt keine derartigen Institutionen, weder auf kantonaler noch auf nationaler Ebene. In fast 165 Jahren Bundesstaat wurde Italienischbünden lediglich von zwei Parlamentariern in der Bundesversammlung vertreten. Ausserhalb von Italienischbünden wird dieses offensichtliche demokratische Defizit nicht einmal wahrgenommen.

Mehr Italienisch in den urbanen Zentren

Zusätzlich zum Problem des Fehlens einer institutionellen Vertretung Italienischbündens kommt das nicht geringere der strikten Anwendung des Territorialitätsprinzips, auf dem die schweizerische Sprachenpolitik beruht. Welchen Wert haben Sprachrechte im Territorium für eine Region, die von Urbanisierungsprozessen gezeichnet ist, welche die Hälfte ihrer Bevölkerung im eigenen Kanton in Zentren mit anderer Sprache leben lassen? Nach dem Territorialitätsprinzip geniessen die Italienischsprachigen in ihren autochthonen Gebieten ausreichende Sprachrechte; ausserhalb dieser Gebiete sind ihre Sprachrechte aber inexistent. Bedenkt man ferner, dass fast die Hälfte der italienischsprachigen Bevölkerung der Schweiz *ausserhalb* des Kantons Tessin und Italienischbündens lebt, so kann das Territorialitätsprinzip kaum das einzige geeignete Kriterium für den Schutz der italienischen Sprache in der Schweiz sein. Kurioserweise steht aber im Denken vieler Politiker auch in der italienischen Schweiz immer noch der Abwehrreflex des Territorialitätsprinzips für die Erhaltung der Sprache im Vordergrund. Für die italienische Sprache in der Schweiz wäre allerdings viel mehr getan, wenn sie in den urbanen Zentren mit grosser italienischsprachiger Präsenz aktiv unterstützt würde, so zum Beispiel in Chur, als Kantonshauptstadt, in Bern, als Bundesstadt, und in anderen Städten wie Zürich, Basel, Lausanne und Genf.

Italienischsprachige Schulen auch ausserhalb des Tessins

Zu diesem Zweck ist es dringend und notwendig, zweisprachige Schulen einzurichten, welche den Unterricht in italienischer Sprache für die Kinder der italienischsprachigen Bevölkerung garantieren, die ausserhalb der italienischen Schweiz lebt. Dies würde nichts anderes bedeuten, als die «Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten» des Europarates endlich zu implementieren, die vorsieht, dass die Unterzeichnerstaaten in den geographischen Gebieten mit relevanter Präsenz den Mitgliedern einer autochthonen Minderheit die Möglichkeit geben müssen, auf dem *gesamten* nationalen Territorium die Minderheitssprache zu erlernen. Zur Thematik der Förderung des Unterrichts der italienischen Sprache ausserhalb der italienischen Schweiz hat der Freiburger Professor Adriano Previtali ein wegweisendes juristisches Gutachten erstellt: Die italienische Version kann man unter www.pgi.ch/perizia.pdf, diejenige auf Deutsch unter www.pgi.ch/perizia-deu.pdf herunterladen.



Seit 20 Jahren engagiert sich Sacha Zala in der Sprach- und Kulturvereinigung Pro Grigioni Italiano, seit 2005 als deren Zentralpräsident.

Réflexions sur le statut de la traduction dans les sciences humaines

Laurent Auberson, traducteur

Les brèves réflexions qui suivent sont inspirées par plusieurs années d'activité de traduction dans les sciences humaines (historiques en particulier) et par le constat de pratiques extrêmement diverses et de l'absence de normes. Elles n'engagent naturellement que le soussigné et ont pour seule ambition de stimuler un débat sur quelques aspects problématiques et de contribuer à la valorisation de cette activité comme partie intégrante de la production scientifique.

La traduction, c'est d'abord une nécessité, voire une évidence: il va de soi que quiconque puisse accéder dans sa langue aux grandes œuvres du patrimoine littéraire mondial. Dans le domaine des publications scientifiques, les choses sont un peu différentes. Le taux d'ouvrages ou d'articles traduits est nettement moindre et cela est parfaitement justifié puisque le public visé est plus restreint et qu'il s'y trouve des spécialistes qui sont généralement en mesure de lire dans plusieurs langues étrangères des textes intéressants leur domaine. Mais ces scientifiques polyglottes, même en Suisse, ne constituent pas l'intégralité des lecteurs que veulent toucher les sociétés scientifiques.

Ce qui en revanche est commun à tous les types de publications traduites, c'est d'une part le travail que représente la traduction, et d'autre part les difficultés auxquelles se heurte sa reconnaissance.

Manque de règle d'éthique professionnelle

Le titre de cet article est trompeur dans la mesure où, précisément, ce statut n'existe pas. L'empirisme qui caractérise le recours aux services de traducteurs (alors même que tout, dans les activités associées à la production de publications scientifiques, se professionnalise à l'extrême) est une réalité dont il ne s'agit pas d'imputer la responsabilité à qui que ce soit en particulier, et cela d'autant moins que les traducteurs eux-mêmes, farouchement individualistes, ne se présentent guère comme une corporation organisée.



La traduction comme contribution au progrès de la connaissance scientifique : version allemande de l'Histoire naturelle de Buffon (Berlin : Joachim Pauli, 1776), « augmentée de compléments » du traducteur (Friedrich Heinrich Wilhelm Martini).
Universitätsbibliothek Basel, hh V 17. Photo : L.A.

Cet empirisme et ce vide normatif ont au moins deux inconvénients majeurs. Premièrement, le commanditaire se considère comme libre (et de fait, il l'est) de fixer lui-même le tarif qu'il veut appliquer, d'où des rémunérations très inégales pour des tâches de même niveau de difficulté et pour une activité qui s'apparente à une profession libérale. Mais deuxièmement, le com-

manditaire ne peut appuyer ses exigences sur aucune règle d'éthique professionnelle expressément formulée.

Connaissance du domaine est indispensable

Pourtant, des exigences plus rigoureuses ne pourraient que contribuer à la qualité du produit final. Les cas ne sont pas rares de traductions ratées parce qu'elles ont été confiées hâtivement et par pur souci d'économie à des personnes insuffisamment expertes. La production écrite des sciences humaines a d'autres exigences que celle des textes administratifs. Elle demande une connaissance pratique du terrain et de tous ces détails de grande importance qui convaincront le lecteur que le traducteur maîtrise un champ beaucoup plus large que la simple restitution linguistique. En allemand, cette exigence pourrait être exprimée de manière très concise par un verbe qui n'a pas d'équivalent français: *mitdenken*. Mais il faut aussi – le rappel n'est pas inutile – le goût de l'écriture. Le commanditaire d'une traduction scientifique est en droit d'attendre un véritable travail de *transposition culturelle* fondé sur une bonne *connaissance du domaine*.

34

Trois réflexions suggérées

Plusieurs aspects pourraient encore être évoqués (comme par exemple le dialogue auteur-traducteur), mais ils déborderaient le cadre limité de cet article. Nous nous contenterons pour terminer de suggérer trois réflexions sous forme de questions:

1. La finalité de la traduction fait-elle l'objet d'un examen critique suffisant? – Dans un pays officiellement multilingue comme la Suisse, le risque de la traduction-alibi (qui ne fait que coûter et ne produit pas l'effet recherché) est très élevé. En d'autres termes: faudrait-il faire parfois *moins*, mais *mieux*?
2. Les sociétés scientifiques verraient-elles un intérêt à échanger leurs idées, leurs expériences, leurs exigences quant à la traduction?
3. Quel est le rôle de la traduction dans la place scientifique suisse? – Ou: la Suisse pourrait-elle mieux faire valoir ses atouts et ses potentiels dans le domaine?

Erneuerbare Alpen – Quintessenzen aus der AlpenWoche 2012

Manuela Cimeli, Paul Messerli und Thomas Scheurer (SAGW und SCNAT)

Erstmals in der Geschichte der Alpenkonvention organisierten die Präsidentschaft der Alpenkonvention und fünf offizielle Beobachter gemeinsam eine grosse internationale Tagung. So konnten rund 50 Organisationen und Institute ihre Projekte oder Aktivitäten vorstellen. Zudem wurde das Ministertreffen der Alpenkonvention (Alpenkonferenz) in die AlpenWoche eingebettet: Die Piazza von Poschiavo wurde so vom 5. bis 8. September 2012 zu einem Treffpunkt der Politiker, von Alpenengagierten, Forschenden und Einheimischen und die AlpenWoche zu einer umfassenden Austauschplattform.

Mit dem Leitthema «Erneuerbare Alpen» wollten die Veranstalter die Erneuerungs- und Entwicklungspotenziale im Alpenraum ansprechen und ausleuchten, die sich aus den eingeleiteten gesellschaftspolitischen Wenden ergeben können. In der Tat bieten die Energiewende, die agrarpolitische Wende, aber auch die Umkehrung der Migrationsströme in den Alpenraum hinein sowie die Wende in der Siedlungs- und Landschaftspolitik etwa in der Schweiz neue Perspektiven für den Alpenraum.

Die Jugend und der Alpenraum

Einen starken Akzent setzten die Organisatoren der Alpenwoche auf die Jungen als die Generation, welche bereits jetzt sensibilisiert werden muss für Umwelt- und Energieproblematiken, wie sie besonders stark im Alpenraum sicht- und spürbar sind. Den Jungen wurde anlässlich einer Veranstaltung die Möglichkeit geboten, mit Politikern und anderen anwesenden Personen und Vertretern von Institutionen aus den verschiedenen Alpenländern in Kontakt zu treten.

Alpenpolitik erfordert Multilevel-Governance

Die Alpenpolitik, allen voran die Alpenkonvention, erfordert gute Kooperationen zwischen den bestehenden staatlichen wie auch zwischenstaatlichen (funktiona-

len) Ebenen. Neben der Alpenkonvention und den bestehenden Regionen ist seit einigen Jahren die von der EU ins Spiel gebrachte Makroregion als neue zwischenstaatliche Kooperationsebene im Gespräch.

Neue Herausforderungen im Alpenraum durch die Einwanderung des Bären

Eine entscheidende Rolle für ein zeitgemässes Bären-Management spielt das Bären-Monitoring, welches standardisiert werden soll, damit es überregional angewendet werden kann. Ganz wichtig ist eine gute Kooperation mit der Presse, den Institutionen auf Provinzebene (wie beispielsweise den Forstbetrieben) und natürlich mit der Politik. Wichtig ist, auf Schulebene und in der Bevölkerung aktiv zu sein, Informationen zu verteilen und so die Akzeptanz des Zusammenlebens mit dem Bären zu fördern. Und pünktlich zur Alpenwoche gab die Presse die Präsenz des Jungbären M13 im Valposchiavo bekannt ...

Entwicklung von Resorts im Alpenraum

Der Bau des neuen Resorts von Samih Sawiris in Andermatt löste einen grundlegenden Wandel im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne aus – dies stellvertretend für viele weitere Orte im Alpenraum, welche sich in Richtung Resort entwickeln. Erstmals wurde ein an der ETH entwickeltes Simulationsmodell vorgestellt, mit dem die Anwesenden Entwicklungsoptionen für Andermatt wählen konnten, für welche zugleich die landschaftlichen Veränderungen berechnet und visualisiert wurden. Dieses Modell ist für den Einsatz in partizipativen Planungen geeignet.

Neue unternehmerische Initiativen im Alpenraum

Heutzutage fassen immer mehr innovative, dynamische Unternehmen Fuss in Bergregionen, vereinen Tra-

dition und Moderne und setzen auf Nachhaltigkeit und «green economy». Das Profil und der Hintergrund dieser neuen Bergbewohner unterscheiden sich; einerseits handelt es sich um Rückkehrer, oder aber um Neuzuwanderer. Das CIPRA-Projekt «Zukunft in den Alpen» hat sich zur Aufgabe gemacht, die alpenweit durchgeführten Projekte zu identifizieren und zu vernetzen. Mittels des dadurch entstehenden Netzwerks und der allen zur Verfügung stehenden Datenbank soll Wissen verbreitet und sollen Fehler vermieden werden. Die thematische Grundlage bilden sechs Komplexe: Regionale Wertschöpfung, Soziale Handlungsfähigkeit, Schutzgebiete, Freizeit-, Tourismus- und Pendlerverkehr, Neue Formen der Entscheidungsfindung, Auswirkung und Weiterentwicklung von Politiken und Instrumenten.

Fazit und Ausblick

Die Vielfalt der Beteiligten und die Geschlossenheit der Alpenwoche 2012 schufen eine einmalige Atmosphäre des Austausches zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik, wie sie selten zustande kommt. Poschiavo wurde in dieser Woche zur Intensivstation der Alpenpolitik, die im Rahmen der Alpenkonvention nach Antworten auf die neuen Herausforderungen wie Klimawandel, Energiewende, aber auch die sozioökonomische Polarisierung der Alpen durch Rückzug und Verstädterung sucht.

Mit den angesagten politische Wenden tut sich für die kommenden Jahre ein für die Alpenforschung weiteres Spektrum von Forschungsthemen auf, die zusammengefasst in die Frage münden, welche sozioökonomischen Entwicklungspotenziale daraus resultieren können und welche politischen Massnahmen dazu nötig sind.

Dossier Sozialpolitik



Sozialpolitik

(bk) Im Frühjahr 2012 verfasste die ExpertInnengruppe «Sozialpolitik» der SAGW ein heute viel beachtetes Positionspapier, das die Herausforderungen der gegenwärtigen Sozialpolitik aus wissenschaftlicher Perspektive analysiert. Die SAGW nahm das von Bundesrat Alain Berset vorgeschlagene Reformpaket für die Altersvorsorge zum Anlass, den Lesenden mit diesem Dossier einen Einblick in die gegenwärtigen Forschungsthemen und -ansätze im Bereich Sozialpolitik zu geben.

Um ein nachhaltiges soziales Sicherungssystem zu gewährleisten, müssen vor allem die Selbständigkeit und die Selbstverantwortung des Einzelnen ermöglicht und gefördert werden. Dazu gehört unter anderem die Vereinbarkeit von Beruf mit Erziehungs-, Pflege- und Betreuungsaufgaben. Günter Stock von der Berlin-Brandenburgischen Akademie fasst in seinem Artikel die Empfehlungen zur «Zukunft mit Kindern» zusammen. Monika Engler Busa von der HTW Chur konkretisiert anschliessend, wie die Tarifgestaltung und Subventionspolitik das Betreuungsangebot beeinflussen. Aber nicht nur Kinder müssen betreut werden, sondern auch pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene. Unbezahlte Care-Arbeit bleibt ein ganzes Leben lang aktuell, ist aber sozial nicht abgesichert. Heidi Stutz vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS sieht als Lösung hierfür nicht den Ausbau, sondern den Umbau des Sozialstaats.

Soziale Herausforderungen stellen sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Norbert Thom von der Universität Bern beschreibt, inwiefern sich die verschiedenen Generationen in ihren Ansprüchen an die Erwerbstätigkeit unterscheiden, und Jean-Michel Bonvin warnt vor dem Teufelskreis, der sich aus billigen, aber nur kurzfristig wirksamen Mitteln zur Reintegration Arbeitsloser ergibt. Aber auch der altersbedingte Ausstieg aus dem Berufsleben kann mit Schwierigkeiten verbunden sein. Elisabeth Michel-Alder vom Human Potential De-

velopment plädiert daher für eine «breite Landezone statt fixes Rentenalter». Die Senioren sind heute vitaler und leistungsfähiger als früher. Wie der geistige Alterungsprozess im Ländervergleich verläuft, beschreibt Vegard Skirbekk, Projektleiter von «Age and Cohort Change», während Ursula Staudinger, Altersforscherin an der Jacobs University Bremen, ausführt, wie die gewonnenen Jahre optimal genutzt werden können. Dass die Senioren durchaus aktiv, vernetzt und auch einflussreich sind, zeigt Anton Schaller, Präsident des Zürcher Senioren- und Rentnerverbandes ZRV.

Wie die soziale Sicherheit finanziert werden könnte, legen Monika Bütler von der Universität St. Gallen und Christoph A. Schaltegger von der Universität Luzern dar. Gabriela Riemer-Kafka von der Universität Luzern wagt schliesslich einen Ausblick in die Zukunft.

37

Inhaltsverzeichnis Dossier

- 37** Sozialpolitik
- 38** Zukunft mit Kindern – Empfehlungen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Leopoldina. *Günter Stock*
- 40** Welches Betreuungsangebot braucht es für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? *Monika Engler Busa*
- 41** Politiques sociales et intégration sur le marché du travail – Atouts et limites des stratégies d'activation *Jean-Michel Bonvin*
- 43** Generationen in der Arbeitswelt. *Norbert Thom*
- 45** Breite Landezone statt fixes Rentenalter *Elisabeth Michel-Alder*
- 46** Die Senioren der Schweiz – ihre Organisationen, ihre Medien, ihre Politik. *Anton Schaller*
- 48** Could nations invest in cognitive skills and become effectively younger? *Vegard Skirbekk, Marcin Stonawski, Daniela Weber*
- 50** Gewonnene Jahre – Chancen für jeden Einzelnen und die Gesellschaft. *Ursula M. Staudinger*
- 51** Anpassungsbedarf des Sozialstaats in Zeiten sich ändernder Arbeitsteilung. *Heidi Stutz, Caroline Knupfer*
- 53** Finanzierung der Sozialen Sicherheit *Monika Bütler*
- 54** Sozialversicherungssystem der Zukunft *Gabriela Riemer-Kafka*
- 56** Schuldenbremse für die AHV? Ein Diskussionsvorschlag zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung. *Christoph A. Schaltegger*

Zukunft mit Kindern – Empfehlungen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Leopoldina

Günter Stock, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

38

In jüngster Zeit hat die Tatsache, dass die Zahl der Kinder in den meisten europäischen Gesellschaften deutlich, zum Teil dramatisch gesunken ist, Interesse in der öffentlichen Debatte gefunden. Welches sind die Ursachen der niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland, Österreich und der Schweiz? Wie können die Bedingungen für Paare mit Kinderwunsch verbessert werden? Die Studie «Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung» gibt erste Antworten.

Die besondere Bedeutung der Studie liegt in den konstruktiven Überlegungen und Empfehlungen, wie Eltern Glück und Kindeswohl in gleicher Weise ermöglicht werden können. Die Studie greift Vorurteile auf, die in unserer Gesellschaft über die geringe Geburtenrate kursieren, und stellt ihnen wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse gegenüber. Sie befasst sich auch ausführlich mit der Frage, wie für Akademikerinnen und Akademiker die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser ermöglicht werden kann. Und gleichzeitig weist der Bericht nach, in welchen Bereichen noch erheblicher Forschungsbedarf besteht.

Irrtum Geburtenrate

Die Geburtenrate lässt sich nicht in einer einzigen Ziffer zusammenfassen. Es bestehen so grosse regionale Unterschiede innerhalb der untersuchten Länder, dass sich die Frage aufdrängt, ob Ländervergleiche ein richtiges Abbild der wirklichen Lebenssituation ergeben, um daraus Schlüsse und Konsequenzen für Familienpolitiken zu ziehen. Die Wirkungen von Massnahmen für Kinder und Familien sind ausserordentlich kontextabhängig, wodurch die allgemein übliche Herangehensweise «One fits all» wohl nicht mehr den realen Gegebenheiten für Paare mit Kinderwunsch entspricht.

Zeitpolitik

Von den drei Elementen der Familienpolitik Zeitpolitik, Infrastrukturpolitik, Geldpolitik ist nach Ansicht

der Arbeitsgruppe die zeitorientierte Politik für Kinder und Eltern von ausschlaggebender Bedeutung. Sie erlaubt es Vätern und Müttern, die Fürsorge für Kinder in ihren Lebenslauf zu integrieren und Instrumente für die Organisation des alltäglichen Lebens zu entwickeln. Dazu braucht es unter anderem flexible Arbeitszeiten, die auch einen temporären Ausstieg ermöglichen, und eine hohe Verlässlichkeit für Betreuungsangebote.

Infrastrukturpolitik

Im Bereich der Infrastrukturpolitik ist es wichtig, Familien über den gesamten Lebenslauf in verlässlicher Weise unterschiedliche Dienstleistungsangebote zur Betreuung und Förderung ihrer Kinder anzubieten. Neben der rein zeitlichen Betreuung der Kinder muss verstärkt Wert auf die Optimierung der Qualität der Kinderbetreuung gelegt werden. Je höher die Qualität der Betreuung und die pädagogische Ausbildung des ausserhäuslichen Betreuungspersonals ist, umso eher werden Familien bereit sein, solche Angebote in Anspruch zu nehmen, insbesondere dann, wenn sie durch hohe Flexibilität auch eine hohe Verlässlichkeit bieten.

Geldpolitik

Im Bereich der Geldpolitik ist die Arbeitsgruppe der Meinung, dass Geldleistungen so zu gestalten sind, dass sie das Wohlbefinden und die soziale Teilhabe von Kindern, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern, gewährleisten. Deswegen sollten die staatlichen Transferleistungen in Richtung einer Kindergrundsicherung entwickelt werden. Alle kindbezogenen Transferleistungen sollten in einer einzigen existenzsichernden Leistung für die Kinder zusammengefasst werden. Ein solcher Ansatz vermeidet Stigmatisierung durch Bedürftigkeitsprüfungen, wobei differenzierte Besteuerungsmodelle für einen entsprechenden Ausgleich sorgen können.

Forschungsbedarf

Die Arbeitsgruppe fordert eine wissenschaftlich fundierte Wirkungsforschung zum Zusammenhang von Familienpolitik und kindlichem und elterlichem Wohlbefinden und empfiehlt eine systematische Begleitforschung, die es für die Gesellschaft nachvollziehbar macht, in welcher Weise Massnahmen für das kindliche und elterliche Wohlbefinden erfolgreich, d.h. zielführend sind.

Finanzierbarkeit

Moderne Gesellschaften, in denen geäusserter und realisierter Kinderwunsch so weit auseinanderklaffen und in denen die demographischen Herausforderungen als zentrales Problem definiert wurden, müssen sich der Frage stellen, wie sie ihre Ressourcen strategisch verwenden wollen. Dass es hierbei zu gewissen Umverteilungen kommen kann, um Gegenfinanzierungen zu erlauben, ist eine von der Arbeitsgruppe klar erkannte, aber auch gewollte Konsequenz der vorgelegten Untersuchung und eine zentrale Empfehlung.

Hinweis

Zur Publikation

Die Arbeitsgruppe «Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung» wurde gemeinsam von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina vor drei Jahren eingerichtet und von der Jacobs Foundation gefördert. Dieser Artikel basiert auf Textstellen und direkten Zitaten aus dem Band «Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz», erschienen im Campus Verlag, Frankfurt/New York 2012, 473 Seiten. Die Studie kann bezogen werden unter: <http://www.zukunft-mit-kindern.eu/>

Zum Autor

Günter Stock



Prof. Dr. Günter Stock ist Physiologe, seit 2006 Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, seit 2008 Präsident der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften und seit April 2012 Präsident der All European Academies (ALLEA). Ausserdem ist er Masterplan-Koordinator von HealthCapital Berlin-Brandenburg.

Welches Betreuungsangebot braucht es für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Monika Engler Busa, HTW Chur

40

Kinderbetreuung und Hausarbeit erledigt die Frau, fürs Familieneinkommen sorgt der Mann – so funktioniert auch heute noch jede vierte Schweizer Familie. Gleichzeitig steigt die Zahl der Mütter, die sich mit der Familiengründung nicht gegen den Beruf entscheiden, sondern Familie und Beruf verbinden. Heute sind in Paarhaushalten gegen 70 Prozent der Mütter mit Vorschulkindern berufstätig, vor zwanzig Jahren waren es noch rund 40 Prozent.¹

Damit sich Familie und Beruf vereinbaren lassen, braucht es neben familienfreundlichen Arbeitsbedingungen vor allem eine zuverlässig verfügbare Betreuungsinfrastruktur für Kinder im Vorschul- und Schulalter. Tatsächlich hat mit der steigenden Erwerbstätigkeit der Mütter auch die externe Kinderbetreuung an Bedeutung gewonnen: So ist der Anteil der Haushalte, die Vorschul Kinder bei Kindertagesstätten abgeben, zwischen 2001 und 2009 von 23 auf 35 Prozent gestiegen.²

Lokal unterschiedliches Betreuungsangebot

Braucht die Schweiz zusätzliche Betreuungsplätze, damit die Erwerbsbeteiligung der Eltern, d.h. vor allem der Mütter, weiter gesteigert werden kann? Eine allgemeine Antwort ist kaum möglich. Zum einen ist Familienpolitik und insbesondere die externe Kinderbetreuung primär Sache der Kantone und Gemeinden.³ Entsprechend stark können sich die Rahmenbedingungen für Familien lokal unterscheiden. Dies zeigt z.B. der Kinderbetreuungsindex 2011 des Kantons Zürich: Während in der Stadt Zürich für 35 Prozent der 0–3-jährigen Kinder Betreuungsplätze bereitstehen, verfügt rund

ein Drittel der Gemeinden über gar kein Betreuungsangebot.

Tiefe Preise mit Folgen

Allfällige Lücken im Betreuungsangebot müssen zweitens vor dem Hintergrund der herrschenden Preise beurteilt werden. Ausgehend von der Tarifgestaltung der subventionierten Institutionen – an die sich die nicht subventionierten Anbieter vielfach anlehnen (müssen) – haben sich in der Kinderbetreuung heute Preise durchgesetzt, die meist nicht kostendeckend sind. So liegen die Vollkosten für einen Krippentag je nach Personalanforderungen, Auslastung oder Lage des Betriebs heute zwischen 80 und 130 Franken (Vorschulalter, ohne Säuglinge). Die meist einkommensabhängigen Elterntarife bewegen sich derweil zwischen minimal 10–25 Franken und maximal 70–120 Franken pro Betreuungstag.⁴ Mit Ansätzen von 4 bis 12 Franken pro Stunde und Kind gelten sehr tiefe Preise auch beim alternativen Betreuungsangebot der Tageseltern.⁵

Die Erschwinglichkeit der Kinderbetreuung hat Folgen. Sie erhöht die Nachfrage von Haushalten, die sich Fremdbetreuung eigentlich nicht leisten können. Auch verleitet sie dazu, Betreuungsleistungen nicht für zusätzliche Erwerbszeit nachzufragen, sondern für zusätzliche Freizeit. Auf der anderen Seite beschränken die tiefen Preise das Angebot, da sie, verstärkt durch eine gleichzeitig hohe Regelungsdichte, ein rentables Geschäftsmodell oftmals verhindern.

Subventionierungen beschränken

Subventionen in die institutionelle familien- und schulergänzende Betreuungsinfrastruktur werden häufig damit begründet, dass diese allen Familien offenstehen soll. Diese Forderung ist gerechtfertigt, wenn davon ausgegangen wird, dass institutionelle Fremdbetreuung die Kindesentwicklung entscheidend fördert. Hingegen ist der staatliche Mitteleinsatz zu überdenken, wenn er mit dem Ziel der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgt.

Der Fokus ist dann auf die Erwerbsbeteiligung der gut qualifizierten Mütter mit mittleren bis hohen Einkommen zu richten. In ihrem Fall ist von der Fremdbetreuung das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erwarten: Sie sind für die gute Entwicklung der Wirtschaft,

1 Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

2 SAKE

3 Für einen Überblick über die Familienpolitik der einzelnen Kantone und Kantonshauptorte vgl. die Internetplattform www.berufundfamilie.admin.ch

4 Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Preisüberwachung (2011), Maximaltarife in Kindertagesstätten; infras (2010), Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich, Stand in den Kantonen; Prognos (2009), Analyse und Vergleich der Kosten von Krippenplätzen anhand einer Vollkostenrechnung

5 Angaben Tagesfamilien Schweiz

aber auch für die Finanzierung von Sozialwerken und Staat von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig sind ihre Karriereunterbrüche besonders folgenswer, da, gerade im Gegensatz zu den geringer Qualifizierten, gleichwertige Wiedereinstiege oft nicht möglich sind.

Stehen die Besserverdienenden im Vordergrund, verlieren vergünstigte Betreuungstarife an Bedeutung. Für Familien mit zwei mittleren bis hohen Einkommen sind, mindestens wenn nur ein Kind zu betreuen ist, die vollen Betreuungskosten tragbar (d.h. mit positiven Arbeitsanreizen kompatibel). Voraussetzung ist deren vollständige Absetzbarkeit vom steuerbaren Einkommen. Die Subventionierung der Betreuungskosten kann dann auf Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende beschränkt werden.

Zurückhaltender Mitteleinsatz verspricht bessere Resultate

Der zurückhaltende Einsatz von öffentlichen Mitteln verbessert die Kostenwahrheit bei den Betreuungspreisen. Dies ist – neben den offensichtlich finanzpolitischen Vorteilen – in zweierlei Hinsicht zu begrüssen: Einerseits werden Betreuungsplätze vermehrt an Familien vergeben, die durch eine höhere Erwerbsbeteiligung einen Mehrwert nicht nur für sich, sondern auch für die Gesellschaft generieren. Andererseits wird der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur wieder stärker von den Marktkräften getragen. Dies ist der einfachste Weg, um Angebotslücken rasch und nachfrageorientiert zu schliessen.

Zur Autorin

Monika Engler



Monika Engler ist Ökonomin und für die Budgetierung und Finanzplanung am Finanzdepartement des Kantons St. Gallen zuständig. Nebenamtlich ist sie als Dozentin für Volkswirtschaftslehre an der HTW Chur tätig.

Politiques sociales et intégration sur le marché du travail – Atouts et limites des stratégies d'activation

Jean-Michel Bonvin, Association Suisse de Politique Sociale

Depuis près de deux décennies, de nombreux pans de l'Etat social suisse ont pris le tournant de l'activation. Que ce soit dans l'assurance-chômage, l'assurance-invalidité ou l'assistance sociale, l'objectif principal ne consiste plus à indemniser les personnes sans emploi, mais à les faire regagner aussi rapidement et durablement que possible le marché du travail.

En Suisse comme ailleurs, cet objectif d'activation est marqué au sceau de l'ambiguïté. D'un côté il s'agit d'économiser les deniers publics et la tendance est alors plutôt à la restriction des moyens mis à disposition: il faut faire vite, privilégier les mesures de court terme (les formations courtes portant sur la rédaction de CV attractifs, lettres de motivation persuasives, etc.), diminuer les prestations financières ou durcir leurs conditions d'éligibilité pour dissuader les personnes de s'installer dans l'Etat social, etc. De l'autre, l'accent mis sur l'autonomie des personnes, sur leur employabilité, ouvre un champ d'action inédit pour l'Etat social, ainsi que l'illustre le développement très important des mesures actives. A notre sens, cette ambivalence – entre souci d'économiser d'une part, volonté d'investir dans l'activation et l'autonomie d'autre part – est l'un des facteurs permettant d'expliquer les limites des stratégies d'activation actuelles.

Dans un cercle vicieux à cause de la volonté d'économiser

En Suisse, la tendance dominante consiste à penser que des prestations sociales trop généreuses représentent un facteur désincitatif à la reprise d'un travail. On cherche par là à accélérer le retour en emploi, mais l'on risque aussi de ne pas se donner le temps d'une activation réussie qui débouche sur un emploi durable et de bonne qualité. La volonté d'économiser peut alors résulter dans un cercle vicieux où les périodes de recherche d'emploi et de précarité du travail se succèdent

42

avec une réduction toujours plus importante des espoirs d'une sortie par le haut. De même, le souci d'économiser débouche trop souvent sur l'élaboration de mesures actives de court terme, dont l'ambition et la durée sont inadaptées en vue d'un retour durable sur le marché du travail. Par contraste, une stratégie d'activation réussie (sur le long terme) exige du temps et des démarches compréhensives, qui ne se focalisent pas sur la seule employabilité des personnes mais englobent aussi d'autres aspects (santé, état des finances, situation familiale). C'est ainsi une stratégie d'investissement social de grande ampleur qui est requise et, l'utilisation de la notion d'«investissement» l'illustre, cette stratégie peut aussi porter des fruits économiques sur le long terme. Pour cela, il est nécessaire de se départir de l'obsession des équilibres budgétaires à court terme et de se donner les moyens d'un tel investissement social.

Créer des emplois et non seulement améliorer l'employabilité

Une deuxième limite importante réside dans le déséquilibre patent de la plupart des politiques mises en place dans le cadre de l'Etat social actif: celles-ci agissent en priorité (voire en exclusivité) sur l'offre de travail et pas ou très peu sur la demande. En d'autres termes, l'activation vise à améliorer l'employabilité des sans-emploi, mais elle ne se préoccupe pas de la création des emplois ni de leur qualité. Dans de nombreux cas, les stratégies d'activation reposent ainsi sur la confiance dans la capacité du marché à créer des emplois en suffisance pour tous les bénéficiaires activés. Les faits montrent pourtant que, dans tous les pays de l'OCDE, les acteurs du marché ne parviennent pas à intégrer l'ensemble de ces personnes. En Suisse, il y a, si l'on additionne les bénéficiaires de l'assurance-chômage (chômeurs et demandeurs d'emploi), l'assurance-invalidité et les divers systèmes cantonaux d'assistance sociale, entre 12 et 15% de la population active qui se retrouve hors du marché du travail. Deux options sont possibles face à cet

état de faits: la première consiste à éviter l'exclusion durable du marché du travail en instaurant une forme de «tournus» des bénéficiaires (c'est souvent l'option privilégiée); la deuxième réside dans la promotion d'autres solutions d'intégration professionnelle, qui peuvent passer par des aménagements du marché du travail pour laisser plus de place aux personnes moins «compétitives» ou par le soutien à la création d'activités reconnues socialement, par exemple dans le secteur de l'économie sociale et solidaire. Quelle que soit sa forme, une telle action sur le volet «demande» constitue à notre sens l'indispensable complément d'une stratégie d'investissement social.

L'auteur

Jean-Michel Bonvin



Jean-Michel Bonvin est professeur de sociologie et de politiques sociales à la Haute école de travail social et de la santé – EESP – Vaud. Ses principaux champs d'expertise comprennent les

politiques d'intégration sociale et de l'emploi, l'innovation organisationnelle dans le management du secteur public et des institutions sociales, la sociologie du travail et des entreprises et les théories de la justice, notamment l'approche par les capacités d'Amartya Sen qu'il mobilise dans ses divers travaux de recherche.

Generationen in der Arbeitswelt

Norbert Thom, Professor und bis 2012 Direktor des Instituts für Organisation und Personal der Universität Bern

In der Schweizer Erwerbsbevölkerung dominiert noch die Generation der sogenannten Babyboomer (geboren ab 1945). Die Generation X (ab Jg. 1965) übernimmt zunehmend die Führungspositionen. Die nachrückende Generation Y (ab Jg. 1980) schliesst ihre Ausbildung ab, sammelt erste Berufserfahrungen und besetzt bereits Stellen mit Fach- und Führungsverantwortung.

Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Statistik wird im Jahre 2020 der Anteil der über 50-Jährigen einen Drittel der Belegschaften in der Schweiz ausmachen. Das Gesamtbild wird geprägt durch eine steigende Lebenserwartung und geringe Geburtenraten. Die Arbeitgeber müssen sich mit diesen Entwicklungen frühzeitig auseinandersetzen. Durch den Austritt der Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben entstehen Talenteücken. Um den Bedarf an qualifiziertem Personal decken zu können, ist die Leistungsfähigkeit der älteren Mitarbeitenden zu erhalten und alles zu tun, junge Talente zu gewinnen und innerbetrieblich zu entwickeln.

Merkmale der drei Generationen

Den Mitarbeitergruppen wird je nach Alter ein unterschiedliches Merkmalsbündel zugeschrieben.

- **Babyboomer** durchliefen strikt geführte Schulsysteme. Auch in ihrer Arbeitswelt erlebten sie straffe Organisationsmuster. Dies führte bei vielen Angehörigen dieser Generation zur Sachlichkeit und Funktionalität als prägendes Verhaltensmuster. Die Arbeit stand im Mittelpunkt, nicht wenige entwickelten sich zu Workaholics.
- Auch bei der **Generation X** hat die Arbeit einen hohen Stellenwert. Diese Generation verlangt aber schon nach mehr Diversität bezüglich der zu erledigenden Aufgaben. Ein gewisses Misstrauen gegenüber Unvertrautem/Fremdem ist häufiger zu beobachten.

- Der **Generation Y** wird nachgesagt, dass sie bei der Arbeit Spass erleben möchte. Ihre Affinität zu sozialen Netzwerken und generell zu neuen Technologien ist sehr ausgeprägt. Ihr generelles Verhaltensmuster wird mit Flexibilität gekennzeichnet.

43

Der Eintritt ins Arbeitsleben

Am Institut für Organisation und Personal (IOP) der Universität Bern schloss Elena Hubschmid eine Dissertation ab, in welcher ein Teil der Generation Y aus zwei Kulturkreisen (Deutschschweiz und Russland/Hauptstadt) genauer untersucht wurde. Es handelt sich um fortgeschrittene Studierende der Wirtschaftswissenschaften. Die befragten 225 Deutschschweizer und 234 Russen der genannten Ausbildungs- und Altersstufe schreiben folgenden Attributen eines Arbeitgebers sehr hohe Bedeutung zu:

Eine freundliche Arbeitsatmosphäre (91%), eine gute Work-Life-Balance (84%), eine Unternehmenskultur, welche die Individualität des Arbeitnehmers respektiert (82%), der erste Arbeitgeber solle eine gute Referenz für die zukünftige Karriere der Hochschulabsolventen sein (80%) und das professionelle Training sowie die Entwicklung solle vom Arbeitgeber gesponsert werden (78%). Weiterhin bevorzugen diese jungen Menschen eine herausfordernde Tätigkeit (77%), die Möglichkeit, Führungsaufgaben zu übernehmen (76%), sowie flexible Arbeitsbedingungen (72%). Aus diesen hohen Werten ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit den oft vermuteten generellen Präferenzen der Generation Y.

Die Schlussphase des Arbeitslebens

Die repräsentative Befragung von rund 2800 Arbeitnehmern bei einer der grössten Institutionen der Schweiz ergab, dass ca. 54% möglichst früh pensioniert werden möchten, hingegen rund 28% auch nach dem ordentlichen Rentenalter weiter arbeiten wollen (Moser et al. 2005). Daraus lässt sich schliessen, dass die vorherr-

schenden Motivationskonzepte nicht attraktiv genug sind, damit möglichst viele Erwerbspersonen bis zum ordentlichen Rentenalter im Arbeitsprozess verbleiben wollen. Jedoch besteht die Chance, dass ein erheblicher Teil der Belegschaft nach dem Rentenalter in angemessener Form Erwerbsarbeit leisten möchte. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind Weiterbildungsmassnahmen auch im fortgeschrittenen Alter und flexible Arbeitszeitregelungen.

Massnahmen zur Schliessung der Talentlücke

- Führungskräfte und Personalverantwortlich müssen die Erwartungen der Mitarbeiter verschiedener Altersgruppen und Ausbildungsstufen kennen.
- Diese Erwartungen sind mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitgeber in eine gute Übereinstimmung zu bringen.
- Zwischen den Altersgruppen ist der Wissenstransfer zu fördern, z.B. durch altersgemischte Teams und gegenseitige Mentorenrollen.
- Beim intergenerativen Wissenstransfer ist zunächst das Verständnis für die unterschiedlichen Erwartungen und Lebensentwürfe zu fördern.
- Angehörige der verschiedenen Generationen anerkennen diese Unterschiede und lernen gegenseitig von den besser ausgeprägten Kompetenzen der jeweils jüngeren und älteren Kollegen.
- Talente haben Mitarbeiter aller Alterskategorien. Diese werden am besten innerhalb einer wertschätzenden Unternehmenskultur erkannt und gefördert.

Zum Autor

Norbert Thom



Prof. Dr. Norbert Thom (Jg. 1946) war von 1991 bis 2012 Direktor des Instituts für Organisation und Personal der Universität Bern. Seine Forschungsschwerpunkte sind Innovations-, Organisations- und Personalmanagement. Dafür erhielt er mehrere Auszeichnungen (Prof. h.c. Dr. h.c. mult.).

Hinweis

Alle Literaturquellen in:

Thom, Norbert/Hubschmid, Elena: Intergenerationeller Wissenstransfer: Besonderheiten jüngerer und älterer Mitarbeitenden.
In: Brühiger Generationenkitt? Hrsg. v. P. Perrig-Chiello und M. Dubach, Zürich 2012, S. 81–93.

Breite Landezone statt fixes Rentenalter

Elisabeth Michel-Alder, Human Potential Development

Wir werden immer älter, bleiben aber länger jung. Die physische und psychosoziale Fitness der heute 70-Jährigen entspricht derjenigen der 60-Jährigen im Jahr 1975. Die Realität zeigt innerhalb der Alterskohorte ein sehr vielfältiges Spektrum an Motiviertheit, Arbeitslust und Arbeitsfrust, finanzieller Sicherheit und ungedeckten materiellen Bedürfnissen. Die auf einen fixen biographischen Zeitpunkt einggerichtete Altersguillotine wird 80 Prozent der Bevölkerung nicht mehr gerecht.

Eine neue, vom Bundesamt für Sozialversicherungen in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2011 gut ein Drittel der Erwerbstätigen über das ordentliche Rentenalter von 65 resp. 64 Jahren hinaus erwerbstätig blieben. Der Trend zu Frühpensionierungen hat sich abgeschwächt; doch rund 40 Prozent der Erwerbstätigen wechselten vorzeitig in den Pensionierten-Status. Bloss 20 Prozent der Älteren wählten Schema F und traten im gesetzlich vorgesehenen Zeitpunkt in den Ruhestand.

Fachkräfte würden länger arbeiten

Eine Neuordnung drängt sich auch auf, weil man in Ländern wie der Schweiz – aufgrund der demographischen Entwicklung – trotz Zuwanderung einen Fachkräftemangel beklagt und zum Teil bereits erleidet (z.B. in den Pflegeberufen). Es fügt sich glücklich, dass speziell Fach- und Führungskräfte immer öfter beklagen, mit 65 wider Willen aus dem Erwerbsleben gedrängt und zum alten Eisen geschoben zu werden. Sie wollen weniger Druck, mehr Zeitsouveränität, Engagement unterhalb 120 Prozent, aber liebend gern professionelle Kompetenz einbringen und Erfolge verbuchen.

Glückliche Konvergenz? Leider nicht ganz. Denn die Arbeitswelt erweist sich für potenzielle Job- und Unternehmenswechsler jenseits von 55 als sehr aversiv. Flexibilisierung des Eintritts ins Rentenalter im Sinn einer Verlängerung der Wertschöpfungsphase ist nur

dann vertretbar, wenn die Arbeitgeberseite sich bewegt.

Ungünstige Rahmenbedingungen

Für weitere berufliche Entwicklungen, andere Aufgaben, herausfordernde Projekte werden Mitarbeitende in ihrer sechsten Lebensdekade viel zu selten in Betracht gezogen. Von hierarchischem Aufstieg ist jenseits von 50 ohnehin kaum mehr die Rede. Das wirkt sich lähmend aufs Weiterbildungsverhalten aus.

Jüngere Vorgesetzte ziehen Mitarbeitende der eigenen und nachrückender Generationen vor. In Teams und Abteilungen werden ältere Kolleginnen und Kollegen oft an den Rand gedrängt und «ausgeschwitzt»; die von Männern und Frauen im besten Alter gehegten Stereotype von Personen über 50 sind unvorteilhaft (inflexibel, rechthaberisch, vermindert leistungsfähig). Manche Jüngere fürchten, hierarchisch privilegierte Silberfüchse sässen ihnen vor der Sonne. Viele Entwertungserfahrungen fördern Frustration, und das Verweilen in Routine führt zu allmählicher De-Qualifikation, womit die Vorurteile neue Nahrung finden ...

Umbau der AHV als Lösung

Traditionelle Pensionskassenreglemente (2. Säule) haben häufig die negative Konsequenz, dass Ältere im letzten Abschnitt ihrer Erwerbskarriere hohe Beiträge zu entrichten haben und folglich vergleichsweise zu teuer sind. Andererseits sind im Zuge von Entlassungswellen reifere Jahrgänge immer wieder ein willkommener Personalpuffer.

Wünschbar wären Wahlmöglichkeiten zwischen 60 und 75 für unterschiedliche Lebensentwürfe, ohne dass die Solidarversicherungen aus dem Gleichgewicht zu kippen. Und ohne arbeitgebende Organisationen zu zwingen, unproduktive Beschäftigungsverhältnisse über eine bestimmte Limite hinaus aufrechtzuerhalten.

Um eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten zu vermeiden, scheint ein grundsätzlicher Umbau der AHV die verheissungsvollste Lösung. An die Stelle eines fixen Pensionsalters sollte ein Beitragsjahrkonzept treten. Wer zum Beispiel 48 Jahre lang Beiträge bezahlt hat, erhält eine reguläre Rente. Frühere Bezüge sind mit Reduktionen, spätere mit Erhöhung des Rentenanspruchs verbunden. Wer früh ins Erwerbsleben eintritt, kann zum Beispiel bereits ab 16 Jahren Beiträge leisten und entsprechend früher belastenden Arbeitszwängen den Rücken kehren. Und die gut Ausgebildeten mit Spass am Erwerbsleben bleiben als geschätzte Stützen den Betrieben länger erhalten.

Zur Autorin

Elisabeth Michel-Alder



Elisabeth Michel-Alder leitet seit 1988 ihre eigene Firma mit dem Namen «EMA Human Potential Development» in Zürich. Sie berät Profit- und Nonprofit-Organisationen in Fragen von

Systemwandel, Personalentwicklung und Führung. Sie ist Gründerin und Managerin des Netzwerks Silberfuchs (www.silberfuchs-netz.ch) und war während 12 Jahren Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates.

46

Die Senioren der Schweiz – ihre Organisationen, ihre Medien, ihre Politik

Anton Schaller, Präsident des Zürcher Senioren- und Rentnerverbandes ZRV

Rund 1,5 Millionen Menschen in der Schweiz sind über 60 Jahre alt, rund 18 Prozent. Die demographische Entwicklung zeigt auf, dass der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung weiter steigen wird. Ihr Einfluss in der Gesellschaft wird in der Folge zunehmen, beteiligt sich die ältere Generation schon jetzt weit stärker an den Volksabstimmungen, an den Wahlen als die anderen Bevölkerungsteile.

Es sind die 68er, die das Bild der Seniorenschaft künftig stark prägen werden: selbstbewusster und auch politisch stärker engagiert. Diese Generation fühlt sich weit gesünder, fitter und vitaler als ihre Vorgängergeneration. Sie haben andere Vorstellungen vom Alternwerden, sie können sich ein Leben in Altersheimen nur schlecht vorstellen. Doch in den Medien werden sie nicht oder noch nicht als ein vitaler, selbstbewusster Bevölkerungsteil wahrgenommen noch herrscht das Bild von alt gleich gebrechlich vor. Sowohl die Medien als auch die Werbewirtschaft haben die Generation 60plus schlicht noch nicht entdeckt. Es sei denn, einer verursacht einen spektakulären Unfall oder ein 90-Jähriger bestreitet den New-York-Marathon oder eine mutige, engagierte Modedesignerin zeigt sich auch als 80-Jährige in extravaganen Kleidern.

Die Senioren organisieren sich

Doch politisch untätig sind die Alten nicht geblieben. Seit 12 Jahren gibt es den Schweizerischen Seniorenrat (SSR), von der damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss ins Leben gerufen. Der SSR setzt sich aus 34 Mitgliedern zusammen. Je 16 Mitglieder und einen Co-Präsidenten delegieren der Schweizerische Verband für Seniorenfragen (SVS) und die Vereinigung von Selbsthilfe- und Altersorganisationen (VASOS). Der SVS versteht sich als bürgerlich, die VASOS steht links der Mitte und vereinigt vor allem Altersorganisationen der SP und der Gewerkschaften unter ihrem Dach. Der Seniorenrat ist das Vernehmlassungsorgan des Bundesrates. Er wird

vom Bundesamt für Sozialversicherungen mit 250 000 Franken pro Jahr finanziert und hat an die Behörden Rechenschaft über seine Tätigkeiten zu erstatten. Der SVS repräsentiert rund 50 000 Mitglieder, die VASOS wohl über 100 000.

Oft paralyisiert sich der Rat aber, weil die rechte und die linke Seite paritätisch darin vertreten sind. Bei der Abstimmung über den Eigenmietwert beispielsweise gab der Rat die Nein-Parole heraus, weil in der zuständigen Arbeitsgruppe die Mieter in der Überzahl waren und das Privileg der pensionierten Eigentümer, selber über den Eigenmietwert entscheiden zu können, schlicht ablehnten. Wollen die Senioren höhere Aufmerksamkeit erlangen, müssen sie sich in zentralen Fragen, wie der sozialen Sicherheit, einigen und spürbar, eben lauter, vernehmen lassen.

Die Senioren gehen online

Weil die Medien aber kaum über die Aktivitäten der Seniorenorganisationen informieren, sahen sich die Senioren in den letzten Jahren gezwungen, eigene Medien zu schaffen. Vor rund 12 Jahren ist die Internetplattform www.seniorweb.ch entstanden. Anschubfinanziert von der Pro Senectute und dem Kulturprozent der Migros arbeiten heute rund 150 Personen mit an der Plattform, schreiben, gestalten und bewirtschaften die Website nach dem Prinzip «Senioren für Senioren». Künftig wird sich www.seniorweb.ch noch verstärkt als das Medienkompetenzcenter und als Ort der Beteiligungskultur etablieren. Senioren werden Senioren den Zugang zu der digitalen Welt eröffnen, ihnen helfen, sich an und in den neuen Medien zu beteiligen. Denn die neuen Medien, vor allem die neuen Technologien, wie Smartphone, iPhone, iPad, das mobile Internet also, wird auch die ältere Generation erreichen. Dazu kommen künftig Digitalradios, Tablets und weitere Second-Screen-Devices, SmartTV sowie das Internet der Dinge. Bis zur Pensionierung können sich heute die Arbeitnehmenden auf den Support in den Firmen

verlassen. Mit dem Austritt fällt der Support weg und die digitale Kompetenz schwindet schnell. Diese entstehende Lücke will seniorweb.ch künftig ausfüllen, Support leisten, Hilfen zur Verfügung stellen, damit die pensionierten Menschen den Verlust an Kompetenz kompensieren können.

Die Senioren teilen sich mit

Im Printbereich hat sich das Magazin 50plus etabliert, das sich künftig aber verstärkt auf die Generation 50 bis 65 ausrichten will. Und die Seniorenorganisationen geben eigene Bulletins und Newsletter heraus, um direkt an die Mitglieder und die ältere Generation insgesamt heranzukommen. Künftig werden die Altersorganisationen aber nicht darum herumkommen, eine eigene gemeinsame Publikation mit multimedialer Ausrichtung zu lancieren, um ihre Organisationen in der Öffentlichkeit bekannt und ihre Politik nachvollziehbar, auch über die eigene Generation hinaus verstehbar zu machen.

Zum Autor

Anton Schaller



Anton Schaller ist Unternehmer und Managementberater, Präsident des Zürcher Senioren- und Rentnerverbandes ZRV, VR-Präsident der seniorweb.ch AG, früher war er Journalist, zuletzt Chef der Tagesschau des Schweizer Fernsehens, Kantons- und Nationalrat des LdU.

Could nations invest in cognitive skills and become effectively younger?

Vegard Skirbekk, Project Leader «Age and Cohort Change», Marcin Stonawski and Daniela Weber, International Institute for Applied Systems Analysis

48

Countries around the world are faced with inevitable demographic change and the phenomenon of ageing populations. Estimating the burden of aging across countries hinges on the availability of valid and comparable indicators. Demographic indicators like old-age dependency ratios and median ages are widely used to rank countries by age – however, these are exclusively based on chronological age distributions. Based on such measures, the populations of Germany or Japan are much older than those of China or Mexico. Alternative aging measures include those based on subjective health and economic activity levels. However, these measures may be influenced by for instance cultural variation in revealing health problems or by business cycle fluctuations.

Of central importance to how well countries age is how long one can work. Many factors affect the effective age at retirement, including labor market regulations, economic conditions and pensions policies. However, also individual characteristics such as personality and investments in human capital (e.g. education and activity levels) can have a significant effect on individual productivity potential and health. Cognitive ability levels have been found to predict individual productivity potential better than any other observable individual characteristic. Furthermore, in modern knowledge-based economies job demands change; cognitive abilities play an increasingly prominent role while at the same time, the labor market importance of physical abilities is declining.

Shifting the focus to productivity potential

Several studies suggest that productivity may decline towards the end of the working life. However, there is a challenge of comparability and measurement problems as productivity is a complex and multidimensional phenomenon that relates to a range of often unobserved characteristics of the worker and the work environment; moreover, many individuals who are potentially

highly productive do not work, so their productivity cannot be observed. These well-known problems can be avoided by shifting the focus from direct measures of productivity to measures of productivity potential such as cognitive abilities.

Large variations between countries in regard to cognitive abilities

Several characteristics that relate to productivity differ by age, including communication skills, problem solving, processing speed, strength and endurance, vocabulary size, education, and job experience. The advantage is that some of these abilities can be measured quite well in a comparable way. Skirbekk et al. (Skirbekk, Loichinger, and Weber 2012) found that there are large variations between countries in regard to cognitive abilities. In Figure 1 these variations in immediate recall (recalling as many words out of 10 within a specific time) are visualized. The populations aged 50 and above in the United States and northern European countries have the highest performance, whereas their peers in southern Europe and China gain the lowest scores.

According to different studies this significant advantage of the United States and northern European countries can have several reasons. Significant age-declines in certain cognitive abilities have been identified in a number of countries and for individuals with different ability levels. Education has been identified as significantly raising levels of cognitive functioning, including memory among seniors (Schneeweis, Skirbekk, and Winter-Ebmer 2012).

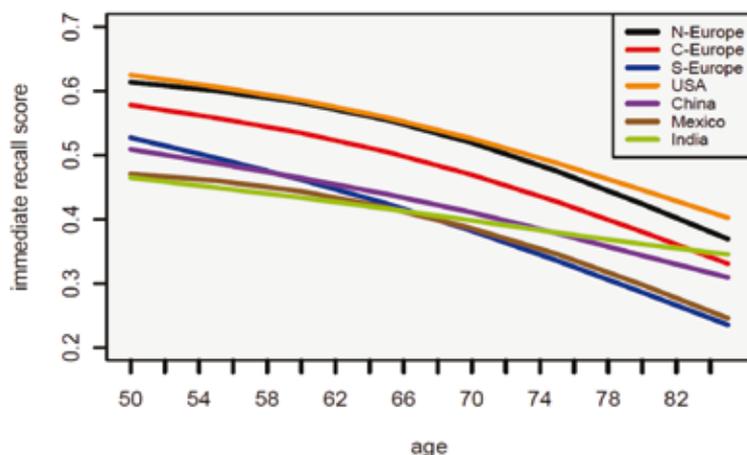


Figure 1: Immediate recall scores, Source: Skirbekk et al. 2012

Conclusion

A study of Stonawski and Skirbekk (2012) suggests that demographic change leads, ceteris paribus, to deterioro-

ration of cognition per capita in the biggest emerging economies – China and India. Despite the fact that the current level of cognition is higher among Chinese than in population of India, the distance should be narrowing in the future because of differences in speed of population ageing (China is older and experiencing faster ageing). The simulations suggest that investments in human capital can reduce and overcome the negative effects of population ageing on productivity potential per capita in these countries.

About the authors

Vegard Skirbekk



Dr. Skirbekk is the Leader of the Age and Cohort Change (ACC) Project at IIASA in Austria. He investigates trends in the age and gender distribution of human capital, skills and work

performance focusing on life cycle and cohort changes and how to improve senior workers' skills and capacities. He also studies the impact of generational and life cycle variation on societal values and belief structures, considering cohort and life cycle changes, migration, fertility differences and taking into account intrafamilial transmissions.

49

Marcin Stonawski



Marcin Stonawski is a Research Scholar with IIASA's Age and Cohort Change (ACC) project. He was awarded his PhD at Cracow University of Economics. His main fields of scientific interest are the process of population aging and its socioeconomic consequences, demo-

graphic projections, religion, human capital, aging of the labor force, and the adjustment of companies and institutions to future changes in the labor market.

References

Books

Schneeweis, Nicole, Vegard Skirbekk, and Rudolf Winter-Ebmer, 2012. "Does Schooling Improve Cognitive Functioning at Older Ages?" *IZA DP* (6958).

Skirbekk, Vegard, Elke Loichinger, and Daniela Weber, 2012. "Variation in Cognitive Functioning as a Refined Approach to Comparing Aging Across Countries." *Proceedings of the National Academy of Sciences* 109 (3): 770–774. doi: 10.1073/pnas.1112173109.

Stonawski, Marcin, and Vegard Skirbekk, 2012. "Can Demographically Caused Cognitive Decline in China and India Be Offset by Investments in Education?" *Presentation at the Asian Population Association Conference 2012, 26-29 August 2012, Bangkok*.

Daniela Weber



Daniela Weber is working as a Research Assistant on the Age and Cohort Change (ACC) project at the International Institute for Applied Systems Analysis. She graduated in technical

mathematics at the Vienna University of Technology and in statistics at the University of Vienna. Her current research focuses on distribution of health and cognitive abilities by age, sex and cohort in a cross-country comparative perspective.

Gewonnene Jahre – Chancen für jeden Einzelnen und die Gesellschaft

Ursula M. Staudinger, Psychologin und Altersforscherin an der Jacobs University Bremen und Vizepräsidentin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina

50

Wir benötigen neue Begriffe, neue Perspektiven, neue Rollen für die 60- und 70-Jährigen. «Die jungen Alten» oder «die aktiven Alten» sind Versuche, begrifflich zu erfassen, dass die biologische Basis des Alters historische Veränderungen zu unseren Gunsten zeigt.

Jeder will alt werden, niemand will alt sein. Das ist ein gängiger, immer noch gültiger Aphorismus. Bekanntlich verschiebt sich auch das, was Menschen in Umfragen für «alt» erachten, immer weiter nach oben. Und das gefühlte persönliche Alter liegt zumeist Jahre unter dem kalendarischen. Dass dies erstaunlich ist, lehrt ein Blick auf die Jugendlichen, die es kaum abwarten können, 16, 18 oder 20 zu werden.

Differenz zwischen biologischem und kalendarischem Alter

Wir sind noch geprägt von Vorstellungen über das Altwerden und -sein, die sich heutzutage überholt haben. Wir haben über die Generationen hinweg seit 160 Jahren mehr als 40 Lebensjahre hinzugewonnen, und die Lebenserwartung steigt selbst zu unseren Lebzeiten immer weiter an. Die kulturelle Errungenschaft (z.B. durch bessere Bildung, Vorsorge, Therapie und Ernährung, weniger strapaziöse Arbeitsbedingungen) dieser Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung hat ihre Grundlage auch in einem zunehmendem Auseinanderfallen von biologischem und kalendarischem Alter. Ein heute 70-Jähriger ist gesundheitlich so verfasst wie ein 60-Jähriger der vorherigen Generation.

Gewonnene Jahre aktiv gestalten

Wie können wir die gewonnene Zahl an Jahren zu einem echten persönlichen und gesellschaftlichen Gewinn werden lassen? Dazu müssen wir sie uns aktiv aneignen und sie nutzen – und die Vielfalt an Möglichkeiten im Alter, die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit Älterer und den Nutzen ihres Engagements aufzeigen. Die

überfällige Revision einseitig negativer Altersbilder ist dafür ein wichtiger Schritt, denn sie wird Menschen jedes Alters motivieren, das Leben aktiv und erfolgreich zu gestalten.

Lebenslanges Lernen

Zu zeitgemässen Rollen für ein längeres Leben gehören zentral Arbeiten und Lernen. Sie müssen zu einem selbstverständlichen, kontinuierlichen Bestandteil eines erfüllten Lebens werden. Fort- und Weiterbildung, beruflich wie allgemein, verbreitern die Leistungsfähigkeit und Handlungsoptionen, die im Alter dann offenstehen. Denn: Lernfähigkeit ist keine Frage des Alters. Wer lernt, lebt länger (und besser).

Angepasste Beschäftigungsmöglichkeiten

Dazu gehört es auch, Möglichkeiten zu schaffen, dass Arbeitnehmer rechtzeitig aus körperlich stark belastenden oder geistig erschöpfenden Tätigkeiten in andere umsteigen oder neue Karrieren nach Weiterbildung in anderen Berufsfeldern starten können. Wir brauchen Infrastrukturen und Finanzierungspläne, die neue abwechslungsreichere Laufbahnmodelle ermöglichen. Auch nach dem Austritt aus dem Erwerbsleben sollte es Angebote für neue Beschäftigungen verschiedener Art (freiwillige wie entlohnte) geben, die es erlauben (falls gewünscht), sich weiter einzubringen, in der Gesellschaft sichtbar zu bleiben und sich als Person weiterzuentwickeln.

Gesundheit fördern statt Krankheiten heilen

Es ist ausserdem essenziell, mehr in Prävention 2.0 zu investieren, das heisst, neben die erfolgreiche Vermeidung von *Krankheit* müssen die Förderung und der Aufbau von *Gesundheitsressourcen* treten. Dies erfordert neben ontogenetisch sehr frühen Ansätzen im Bereich der Verhaltensprävention auch mehr und mehr Kreativität für die Gestaltung von Lebensumwelten (Ar-

Anpassungsbedarf des Sozialstaats in Zeiten sich ändernder Arbeitsteilung

Heidi Stutz, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern;

Caroline Knupfer, Département de la santé et de l'action sociale du canton de Vaud

beitsumwelten, Bildungsumwelten, öffentlicher Raum etc.). Menschen müssen Ressourcen (intern, extern) haben, um gesund zu leben und die Komplexität eines abwechslungsreichen Lebenslaufs zu gestalten.

Unbezahlte Care-Arbeit in der Form von Betreuungs-, Sorge- und Pflegeaufgaben für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene bleibt eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Sie trägt viel zur Wohlfahrt bei und ist ein konstituierendes Element des sozialen Zusammenlebens. Mit der Zunahme der weiblichen Erwerbsquote stellt sich jedoch heute die Frage, wer diese Aufgaben in Zukunft übernimmt.

51

Obschon in den letzten Jahren zunehmend Care-Arbeit in den bezahlten Sektor überführt wurde – zum Beispiel im Bereich von Kinderbetreuung und Pflege – ist es weder möglich noch gesellschaftlich erwünscht, Care-Aufgaben vollständig zu monetarisieren. Die Übernahme durch Angehörige kann nur gesichert werden, wenn unbezahlt Care-Arbeitende sich in der Arbeitswelt und in der sozialen Absicherung für ihren Einsatz nicht länger mit nachteiligen Folgen konfrontiert sehen.

Keine Absicherung bei Care-Arbeit

In den Schweizer Sozialversicherungen ist nur der Ausfall des Erwerbseinkommens bei Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter konsequent abgesichert, aber weder Care-Bedarf im Sinne von Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit noch der Einkommensausfall bei der Übernahme unbezahlter Care-Arbeit. Folglich sind Care-Bedürftige wie Care-Arbeitende – sofern sie nicht auf die Absicherung durch Ehepartner oder Ehepartnerin zählen können – häufiger auf Bedarfsleistungen wie Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen angewiesen. Sie müssen mit dem Existenzminimum auskommen, und falls sie noch im Erwerbsalter stehen, fehlt ihnen oft die Möglichkeit, eine gute Alterssicherung aufzubauen.

Sozialstaat nicht ausbauen, sondern umbauen

Ein im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann erarbeitetes Grund-

Zur Autorin

Ursula M. Staudinger



Prof. Dr. Ursula M. Staudinger ist Psychologin und Altersforscherin an der Jacobs University Bremen und Vizepräsidentin der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Sie war Sprecherin der Akademiengruppe Altern in Deutschland, die unter dem Titel «Gewonnene

Jahre» Empfehlungen zur Gestaltung einer Gesellschaft des längeren Lebens abgab. Acht wissenschaftliche Bände zu Arbeit, Betrieb, Volkswirtschaft, Gesundheit, Familie und weiteren Aspekten wurden im Rahmen der Akademiengruppe veröffentlicht.

genpapier¹ analysiert die Lücken und Hindernisse in den 13 wichtigsten Leistungssystemen der sozialen Sicherheit in der Schweiz im Sinne einer Auslegeordnung zuhanden der Sozialpolitik genauer und zeigt Lösungsstrategien auf. Es schlägt vor, die Rahmenbedingungen für eine gute Lebensgestaltung zwischen Wahlmöglichkeiten und Verpflichtungen im Sinne einer aktiven Lebenslaufpolitik zu gestalten, die auf einen präventiven Ansatz der Sozialpolitik setzt und die Vereinbarkeit von Erwerb und unbezahlten Care-Verpflichtungen gegenüber den Kindern und weiteren pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen aus dem privaten sozialen Nahraum im Laufe des Lebens garantiert. Grundidee ist dabei nicht ein Ausbau des Sozialstaats, sondern ein Umbau. Dabei gilt es mitzudenken, dass auch die Beibehaltung des Status quo kostet: Übernehmen immer weniger Personen unbezahlte Care-Aufgaben, so nehmen die Pflege- und Betreuungskosten zu, die zahlungspflichtig anfallen – oder es steigen die individuellen und sozialen Folgekosten der Vernachlässigung von Betreuungsaufgaben.

Kleine Schritte führen zum Ziel

Grosse Reformen wie die Einführung von Modellen eines garantierten Mindesteinkommens, eine allgemeine Erwerbsversicherung oder die generelle Entlohnung unbezahlter Care-Arbeit gegenüber Kindern und pflege- und betreuungsbedürftigen Angehörigen bringen in Bezug auf Vereinbarkeit und Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit kaum nennenswerte Fortschritte. Daher werden unterschiedlichste kleine Reformschritte vorgeschlagen, die auf das gemeinsame Ziel der aktiven Lebenslaufpolitik auszurichten sind.

Prioritärer Handlungsbedarf

Als störendste Lücken und daraus abgeleitete Prioritäten aus der Sicht der sozialen Absicherung unbezahlter Care-Arbeit werden folgende Punkte identifiziert: eine bessere Lösung für Einelternfamilien; eine bessere Grundabsicherung für Familien mit tiefen Einkommen und prekärer Erwerbsintegration; eine soziale Absicherung von unbezahlten Pflegeleistungen gegenüber Angehörigen sowie flexible Unterstützungsangebote; Auszeiten in besonders Care-intensiven Phasen; eine obligatorische Absicherung des Einkommens bei

Krankheit und Unfall; ein besserer Zugang zu einer Alterssicherung über dem Existenzminimum; ein besserer Zugang zu Bildungs-, Integrations- und Qualifikationsmassnahmen für Personen mit Care-Verpflichtungen im Rahmen des Aktivierungsansatzes.

Nicht der Staat allein

Der angeregte Wandel ruft nicht nur nach staatlichen Reformen: Auch verantwortungsvolle Arbeitgebende, Gewerkschaften und Berufsverbände, private Non-Profit-Trägerschaften und Freiwilligendienste sind wichtige Akteure, die den Wandel vorantreiben können.

Zu den Autorinnen

Heidi Stutz



Heidi Stutz hat an der Universität Zürich Wirtschaftsgeschichte in Verbindung mit Sozialökonomie studiert. Sie ist Mitglied der Geschäftsleitung des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS in Bern und verantwortlich für die Bereiche Familienpolitik und Gleichstellung.

Caroline Knupfer



Caroline Knupfer ist Verantwortliche für Sozialpolitik im Generalsekretariat des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements des Kantons Waadt. Vorher war sie 11 Jahre bei der Schweizerischen

Konferenz für Sozialhilfe zuständig für den Bereich Grundlagen. Ihre Forschungsschwerpunkte dort waren v.a. die Sozialhilfe im interkantonalen Vergleich, Schwelleneffekte und negative Arbeitsanreize sowie Integration. Caroline Knupfer ist Soziologin (Universität Lausanne) und hat ein MAS im Management von sozialen Institutionen an der Wirtschaftsuniversität Wien absolviert.

¹ Stutz, Heidi; Caroline Knupfer (2012): Absicherung unbezahlter Care-Arbeit von Frauen und Männern. Anpassungsbedarf des Sozialstaats in Zeiten sich ändernder Arbeitsteilung. Im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann. Bern

Finanzierung der Sozialen Sicherheit

Monika Bütler, Universität St. Gallen

Die Finanzierung der Sozialen Sicherheit ist eng verknüpft mit den Zielen, die sich die Sozialpolitik setzt. Die drei untenstehenden Kriterien dienen der Beurteilung anstehender Reformen in den Sozialversicherungen.

1. Garantien sind wichtig

Der Schutz vor Armut und vor finanziellen Problemen im Alter und bei Krankheit ist zu einem Sozialen Imperativ geworden. Damit Bürger und Staat sinnvoll planen können, sind Garantien innerhalb der Sozialversicherungen unerlässlich. Garantien umfassen nicht nur die Höhe der verfassungsmässig garantierten Grundversicherung, sondern auch den Schutz vor Inflation und krisenbedingten Verlusten sowie einen ausreichenden Schutz vor ungedeckten medizinischen Kosten. Im bestehenden System der Schweizer Sozialpolitik sind die Garantien meist nur implizit und unvollständig.

Garantien sind zentral, weil sie

- das Ausmass der minimal notwendigen Finanzierung der Sozialpolitik bestimmen,
- explizit festlegen, wie viel Risiko der Einzelne selber tragen muss, und dadurch
- den Rahmen dafür abstecken, welche Wahlmöglichkeiten den Individuen überlassen werden können.

Explizite Garantien verlangen zwangsläufig eine entsprechende sichere Finanzierung, inklusive der Bildung von Puffern für schlechte Zeiten sowie eines glaubwürdigen und transparenten Mechanismus zur Verteilung von Überschüssen.

2. Sichere Finanzierung – auch unter Unsicherheit

Die Kosten der Sozialen Sicherheit hängen nicht nur von den abgegebenen Garantien ab, sondern auch von verschiedenen weiteren Faktoren, insbesondere den künftigen demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (zu denen auch die Morbidität

der Bevölkerung im Alter zählt). Neben den makroökonomischen Unsicherheiten müssen die möglichen individuellen Planungsfehler der späteren Leistungsempfänger mitberücksichtigt werden. Letztlich bestimmt auch der Grad der Anbindung der Leistungen an die individuellen Beiträge die Höhe der Ausgaben der Sozialen Sicherheit. Je höher die Versicherungskomponente und je strenger die Bedingungen, die an bedarfsorientierte Leistungen geknüpft werden (EL), desto effizienter ist deren Finanzierung.

Jede Verzögerung von Reformen kostet, da damit die Verzerrungen für die Individuen und den Staat wachsen. Die aus der Sicht der Ökonomie sinnvolle Vorfinanzierung versprochener Leistungen ist jedoch in der politischen Umsetzung nicht ganz harmlos. Reserven verleiten dazu, die Mittel für andere Zwecke einzusetzen.

3. Balance zwischen Effizienz und Umverteilung

Eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik ist der Ausgleich zwischen und innerhalb Generationen. Während Versicherungsleistungen zu geringen Effizienzverlusten führen, müssen die Folgen einer Ex-ante-Umverteilung auf die Finanzierungskosten berücksichtigt werden.

Verhaltensanpassungen bei den (potenziellen) Leistungsempfängern steigen mit der Höhe der Leistungen und den (Fehl-)Anreizen des sozialen Sicherungssystems. Das Problem wird verstärkt durch die schwierige Identifikation der Berechtigten: Auf staatliche Unterstützung angewiesene Personen können oft nur schwer unterschieden werden von solchen, die ihren Lebensunterhalt (teilweise) auch selber bestreiten könnten. Zu guter Letzt gibt es auch Verhaltensanpassungen bei den Zahlern. Der soziale Ausgleich beschneidet Einkommen und schmälert die Leistungs- und Vorsorgebereitschaft der Beitragszahler.

Für künftige Reformen stellt sich die Frage, wie viel Versicherung und Umverteilung innerhalb und zwi-

schen den Generationen angestrebt werden soll. Dabei besteht nicht nur ein Zielkonflikt zwischen Ausgleich und Effizienz, sondern auch einer zwischen Absicherung und Wahlfreiheit.

Fazit

Die Sozialpolitik muss für eine planbare Absicherung der Individuen sorgen, transparent in ihrer Preissetzungsstruktur sein, gleichzeitig die Steuerzahler und Versicherten nicht übermässig belasten und keine falschen Anreize setzen. Die Frage, wie grosszügig die Leistungen sein und wie sie genau finanziert werden sollen, ist mit den drei Kriterien nicht abschliessend beantwortet. Dafür braucht es letztlich auch ein Werturteil.

Zur Autorin

Monika Bütler



Monika Bütler ist ordentliche Professorin für Volkswirtschaftslehre und geschäftsführende Direktorin des Schweizerischen Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung (SEW) an der

Universität St. Gallen (HSG). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt, politische Ökonomie und Informationsökonomik. Monika Bütler ist Forschungskoordinatorin beim Forschungsnetzwerk Netspar in Amsterdam, Forschungsbeauftragte des Centre for Economic Studies in München und Vorstandsmitglied der SAGW.

Sozialversicherungssystem der Zukunft

Gabriela Riemer-Kafka, Universität Luzern

Unsere Sozialversicherungen, bestehend aus elf verschiedenen Sozialversicherungszweigen und einem Allgemeinen Teil dazu, haben sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in mehreren Stufen – jeweils abhängig von der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage – entwickelt. Aus diesem Grund liegt kein geschlossenes und in sich kohärentes System vor, sondern vielmehr eine Aneinanderreihung von unterschiedlich aufgebauten resp. finanzierten Versicherungszweigen. Doch der heterogene Aufbau unseres Systems zeigt bei der Umsetzung strukturelle Schwächen.

Viele Sozialversicherungszweige verfügen über das gleiche Angebot von Leistungen, jedoch mit unterschiedlichem Leistungsniveau. Die einzelnen Sozialversicherungszweige knüpfen an den Eintritt eines bestimmten Risikos (z.B. Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit: kausale Versicherungen) bzw. seiner Folgen (Erwerbsausfall: finale Versicherungen) oder eine bestimmte Funktion (Militärdienst, Familienlasten) an und umfassen entweder die ganze Bevölkerung oder nur die Arbeitnehmerschaft.

Erwartungen an die Sozialversicherungen

Die Sozialversicherungen dienen der wirtschaftlichen Absicherung bei Eintritt eines Risikos, bemühen sich bestmöglich um die berufliche Wiedereingliederung von erwerbslosen Personen und tragen dadurch zur Verbesserung der Chancengleichheit und zum sozialen Frieden in unserem Land bei. Zu diesem Zweck haben sie mindestens existenzsichernde Leistungen für alle zu erbringen (Effektivität), eine schlanke und kostensparende Administration (Effizienz) aufzuweisen sowie übersichtliche Strukturen und einen einfachen Zugang zu den Leistungen zu garantieren (Transparenz) sowie auch Vorstellungen von Gleichheit und Gerechtigkeit zu entsprechen.

Stärken und Schwächen

Die Stärken unseres Sozialversicherungssystems liegen zum einen im, insbesondere für Arbeitnehmende, hohen Leistungsniveau und zum andern in der Aufteilung in verschiedene risikobezogene Zweige mit je eigenständiger Finanzierung. Als besondere Errungenschaft gelobt wird die Kombination des Umlageverfahrens mit dem in der beruflichen Vorsorge herrschenden Kapitaldeckungsverfahren. Positiv gewertet wird auch die Segmentierung in verschiedene Risikogemeinschaften, da dadurch hohe Fachkompetenz entwickelt und die Solidargemeinschaften sowie die Steuerbarkeit bzw. Kalkulierbarkeit gestärkt werden konnten. Doch gerade der heterogene Aufbau unseres Systems zeigt bei der Umsetzung strukturelle Schwächen. So führt das Neben- und Miteinander verschiedener Sozialversicherungszweige zu Doppelspurigkeiten (z.B. bei Leistungen und Abklärungen), Mehrfachzuständigkeiten, schwierigen Leistungs Koordinationsfragen und zu Fehlanreizen (z.B. die fehlende Krankentaggeldversicherung, unterschiedliches Leistungsniveau je nach Risiko). Das geltende Sozialversicherungssystem lässt zudem weitgehend unberücksichtigt, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit heutzutage nach mehr beruflicher Flexibilität und Mobilität ruft und daher die sozialversicherungsrechtliche Privilegierung der Arbeitnehmerschaft nicht mehr unter jedem Gesichtspunkt als gerecht und zeitgemäss erscheint.

Zukunft der Sozialversicherungen

Da bei einer Abkehr vom risikobezogenen kausalen zu einem nur leistungsbezogenen finalen System Rechtssicherheit und vor allem über Jahrzehnte erworbenes Know-how verloren ginge und bestehende Risikogemeinschaften auseinandergerissen würden, hat das Sozialversicherungssystem der Zukunft sich am bestehenden zu orientieren und die genannten Schwachpunkte zu eliminieren, d.h. Effizienz, Transparenz und Zugänglichkeit zu verbessern und die Harmoni-

sierung der verschiedenen Sozialversicherungszweige voranzutreiben. Effizienz- und Transparenzsteigerung lassen sich durch jede Vereinfachung und Verfahrensbeschleunigung erreichen, ebenso dadurch, dass Hürden beim Zugang zu den Leistungen, insbesondere lange und wiederholte Abklärungen und Zuständigkeitsstreitigkeiten, sowie Fehlanreize im System abgebaut werden. Im Interesse der Versicherten und auch der Arbeitgebenden liegen unter anderem sicher das Streben nach weiterer Harmonisierung von Begriffen, Leistungsvoraussetzungen und Leistungen, die Einrichtung von mehreren Versicherungszweigen gemeinsamen neutralen Abklärungs-, Beratungs- und Koordinationsstellen in Form der Schaffung von regionalen Kompetenzzentren. Diese Massnahmen sind auch geeignet, die Verfahrensdauer im Interesse einer schnelleren Integration zu verkürzen und generell wegen der einfacheren und eindeutigeren Verfahrensabläufe das Vertrauen ins System zu stärken.

Zur Autorin

Gabriela Riemer-Kafka



Prof. Dr. Gabriela Riemer-Kafka ist Professorin für Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht an der Universität Luzern und leitet dort das Luzerner Zentrum für Sozialversicherungsrecht. Einer der Forschungsschwerpunkte ist die Weiterentwicklung des Systems der sozialen Sicherheit in der Schweiz.

Schuldenbremse für die AHV? Ein Diskussionsvorschlag zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung¹

Christoph A. Schaltegger, Universität Luzern

56

Das Umlageergebnis der AHV dürfte gegen 2020 deutlich negativ werden. Die vom Ausgleichsfonds der AHV erwirtschafteten Kapitalerträge werden nicht gross genug sein, um die Defizite aus der Versicherungstätigkeit zu kompensieren. In der Folge wird das Betriebsergebnis der AHV negativ und die Mittel des AHV-Fonds werden laufend abnehmen. Aufgrund der starken Zunahme der Anzahl der Rentnerinnen und Rentner wird die AHV in jedem Fall vor grosse finanzielle Herausforderungen gestellt. Die heutigen gesetzlich verankerten Leistungen der AHV lassen sich ohne Gegenmassnahmen auf Dauer nicht mehr finanzieren. Es besteht Handlungsbedarf.

Bisherige Reformschritte sind allerdings gescheitert. Die Gründe dafür sind vielfältig. Dabei spielte eine Rolle, dass die unmittelbare Notwendigkeit der Reform angezweifelt, die Wirksamkeit der Massnahmen kritisiert und die Unausgewogenheit der Lastenverteilung bemängelt wurden. Es stellt sich die Frage, ob es geeignete institutionelle Steuerungsmechanismen gibt, die einerseits adäquat auf den Handlungsbedarf reagieren können und andererseits dazu geeignet sind, die Reformblockade durch eine Entpolitisierung der Massnahmen zu überwinden.

Drei konkrete Modelle von Steuerungsmechanismen

In einer Studie für das Bundesamt für Sozialversicherungen haben wir die Möglichkeiten und Wirkungen eines Steuerungsmechanismus in der AHV ausgeleuchtet. Es wurden drei konkrete Modelle erarbeitet:

¹ Die vollständige Studie «Steuerungsmechanismen in der AHV – Studie im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen» von Lars P. Feld, Christoph A. Schaltegger, Christian Pfeil und Martin Weder kann abgerufen werden unter: [http://www.bsv.admin.ch/praxis/forschung/publikationen/index.html?lang=de&vts=Steuerungsmechanismen+in+der+AHV&bereich\[\]=2&mode=all&anzahljahre=5](http://www.bsv.admin.ch/praxis/forschung/publikationen/index.html?lang=de&vts=Steuerungsmechanismen+in+der+AHV&bereich[]=2&mode=all&anzahljahre=5)

Die Modelle I und II sind als Autopiloten konzipiert. Damit ist ein gesetzlicher Automatismus gemeint, der bei bestimmten Schwellenwerten vorgängig gesetzlich definierte Massnahmen auslöst. Der Autopilot soll abhängig von der wirtschaftlichen oder demographischen Entwicklung die langfristige Finanzierung der AHV sicherstellen, ohne dass ein Eingreifen der Politik erforderlich ist.

Modell I steuert über Lohnbeiträge und Rentenalter. Je nach Szenario wird das Rentenalter bis ins Jahr 2020 bzw. 2025 um neun bzw. drei Monate steigen, während die Lohnbeiträge von 8,4 Prozent auf 8,8 bzw. 8,6 Prozent angehoben werden. Modell II steuert über die Mehrwertsteuer und die Rentenhöhe. Je nach Szenario wird die Mehrwertsteuer bis ins Jahr 2030 um 0,6 bis 2 Prozentpunkte erhöht. Die Renten verändern sich gegenüber dem Jahr 2010 real um -9,2 bis +3,5 Prozent.

Steuerung der AHV durch institutionalisierte Navigationshilfen

Modell III ist eine Alternative zum Autopiloten und funktioniert als Navigationshilfe. Während bei einem Autopiloten bei Unterschreiten gesetzlich definierter Schwellenwerte automatische Veränderungen auf der Leistungs- und Finanzierungsseite in Kraft treten, verbleiben gesetzliche Anpassungen bei der Navigationshilfe zumindest in einer ersten Phase dem politischen Prozess. Die Systematik einer Navigationshilfe ist somit sehr ähnlich der bereits bestehenden Schuldenbremse für den Bundeshaushalt, indem der Steuerungsmechanismus lediglich sagt, wann Anpassungen stattfinden müssen, aber nicht wie. Der Steuerungsmechanismus sieht ein Vorgehen in drei Stufen vor.

In einem ersten Schritt erhält der Bundesrat den gesetzlichen Auftrag, innert Jahresfrist eine Vorlage zuhanden des Parlamentes auszuarbeiten, sobald der Fondsbestand der AHV unter 70 Prozent einer Jahresausgabe fällt. Die Vorschläge für Reformen müssen dabei vom finanziellen Umfang her mindestens dem negativen Umlageergebnis zum aktuellen Zeitpunkt entsprechen. Mit den Massnahmen soll die Finanzierungslücke der AHV somit zumindest kurzfristig geschlossen werden.

Fällt der Fondsbestand gemäss den aktuellen Perspektiven des Bundesamtes für Sozialversicherungen im folgenden Jahr unter die Schwelle von 50 Prozent, so wird auf Anfang des nächsten Jahres das Rentenalter in Monatsschritten und die Mehrwertsteuer in Zehntelprozenten so stark erhöht, dass das Umlageergebnis nicht mehr negativ ist.

Liegt der Fondsbestand am Ende des Jahres unter 50 Prozent einer Jahresausgabe, so werden die Mehrwertsteuer und das Rentenalter in den gleichen Schritten so stark erhöht, dass die Finanzierungslücke geschlossen ist und der Fondsbestand wieder den Stand von 50 Prozent erreicht.

Vergleich der drei Modelle

Weil das Modell III im Gegensatz zu den beiden anderen Steuerungsmechanismen die Verantwortung für Reformen in einer ersten Stufe vollständig Bundesrat und Parlament überlässt und erst später bei einer drohenden Unterschreitung des Fondsbestandes von 50 Prozent automatische Massnahmen auslöst, steigen das gesetzliche Rentenalter sowie der Mehrwertsteuersatz später, dafür aber stärker an als in den Modellen I und II. Bis 2030 ist je nach Szenario eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 bis 1,6 Prozentpunkte erforderlich, während das Rentenalter um 1,1 bis 2,8 Jahre angehoben wird. Verglichen mit den beiden anderen Modellen bewirken die gesetzlichen Automatismen eine ausgewogenere Zusammensetzung von einnahmen- und ausgabenseitigen Massnahmen.

Steuerungsmechanismen können ausgewogene Lastenverteilung garantieren

Die Steuerungsmechanismen sind moderat ausgestaltet und schaffen keine vorzeitigen finanziellen Polster, sondern kompensieren die finanziellen Ungleichgewichte erst mit einer zeitlichen Verzögerung. Negative Umlageergebnisse, wenngleich aufgrund der Finanz-

Zum Autor

Christoph A. Schaltegger



Prof. Christoph A. Schaltegger ist Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern und Dekan der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie Direktor am Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht IFF der Universität St. Gallen. Christoph

Schaltegger ist zudem Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik (SGVS), im Herausgeberbeirat der Zeitschrift «Perspektiven der Wirtschaftspolitik» sowie Mitglied des Boards der European Public Choice Society.

perspektiven des BSV und der demographischen Entwicklung absehbar, werden von den Modellen nicht antizipiert. Die Steuerungsmechanismen bergen damit kein Prognoserisiko. Das hat zur Folge, dass die Verantwortung für eine gesunde finanzielle Verfassung der AHV in allen Modellen bis zum Eintreten grösserer Fehlbeträge bei Bundesrat und Parlament bleibt. Im Falle einer politischen Blockade greift aber danach ein gesetzlicher Automatismus, um die Finanzierung der Renten langfristig zu gewährleisten. Gleichzeitig ist der Mechanismus so ausgestaltet, dass eine ausgewogene Lastenverteilung garantiert werden kann.

Übersicht der drei Steuerungsmechanismen im Vergleich zur 11. AHV-Revision:

	11. AHV	Modell I	Modell II	Modell III
Finanzierungsseite				
Mehrwertsteuer	☒	☒	☑	☑
Lohnbeiträge	☒	☑	☒	☒
Weitere Finanzierungsquellen	☒	☒	☒	☒
Erhöhung Rentenalter	☑	☑	☒	☑
Leistungsseite				
Aussetzen Mischindex	☑	☒	☒	☒
Anpassung der Rentenhöhe	☒	☒	☑	☒
Anpassung des Leistungskatalogs	☑	☒	☒	☒
Erhöhung Rentenalter	☑	☑	☒	☑

Mitgliedsgesellschaften Sociétés membres

La Text Encoding Initiative à Berne – Projets d'édition numériques sur des manuscrits de travail

Bénédicte Vauthier, professeure de littérature espagnole et directrice de l'Institut de Langue et Littératures hispaniques de l'Université de Berne, organisatrice du workshop

Du 3 au 7 septembre s'est tenu à l'Université de Berne un Workshop scientifique «Digital Text/Genetic Document» portant sur la «Text Encoding Initiative and Genetic Edition» soutenu entre autres par l'ASSH. Le Workshop plurilingue a réuni une cinquantaine de chercheurs et de doctorants suisses et étrangers impliqués dans des projets d'édition numérique de brouillons ou «manuscrits de travail» d'auteurs contemporains.

Afin de créer une synergie entre tous les participants, la première journée s'est déroulée à la Bibliothèque Nationale, sous l'égide des Archives Littéraires Suisses. Elle a permis aux représentants de différents projets d'édition en cours dans le domaine des lettres germaniques (voir en bas) de dresser un état des lieux de leurs projets, d'exposer les particularités de leur corpus et d'expliquer leur intérêt (parfois leurs réticences) pour un encodage et une structuration en langage XML-TEI¹.

Conférences et ateliers de travail

Les quatre autres journées ont été structurées en deux temps: conférences plénières (en anglais ou français) en début de journée et d'après-midi, suivies d'ateliers de travail en sous-groupe linguistique (allemand, français et italien) animés respectivement par Christof Schöch (Zentrum für digitale Edition, Univ. Würzburg) Lou Burnard (Univ. Oxford) et Elena Pierazzo (Centre for Computing in the Humanities, Kings' College London). Au cours de ceux-ci, les participants ont pu expérimenter différents modules de l'encodage en TEI et réfléchir concrètement aux problématiques abordées lors des plénières.

Résumé des conférences

Lors des plénières, Lou Burnard, «Histoire de la TEI: un cas d'étude dans l'évolution des méthodes et pratiques

**DIGITAL TEXT/
GENETIC
DOCUMENT
TEXT
ENCODING
INITIATIVE
AND
GENETIC
EDITION**

**3-7 SEPTEMBER 2012
UNIVERSITY OF BERN**

¹ <http://www.tei-c.org/index.xml>

scientifiques dans les sciences humaines et sociales», et Christof Schöch, «Du document à l'édition numérique: types d'édition et procédure éditoriale» sont revenus sur les origines et les fondements de la TEI, notamment de son tout récent module génétique² qui permet de retrouver la dimension matérielle du *document*, oblitérée par une tradition philologique centrée sur le *texte*. Après avoir levé les ambiguïtés que cache l'acception très large de *numérique*, Christof Schöch a mis l'accent sur les six opérations de base de tout processus d'édition numérique: analyse, modélisation, transcription, encodage, visualisation et publication. Les interventions d'Elena Pierazzo, «Of time and space: genetic editions using the TEI», et de Sophie Lesiewicz (conservateur Bibliothèque Doucet, Paris), «Le texte spatialisé: de la page à l'écran. La TEI est-elle pertinente pour la prise en charge du caractère visible du texte?», ont été consacrées à la dimension spatiale du manuscrit de travail et du texte d'artiste imprimé, dimension essentielle d'un objet qui est rarement ou difficilement prise en compte dans les éditions numériques centrées sur le texte ou dans les descriptions archivistiques. Jean-Louis Lebrave (ITEM) a rappelé les fondements théoriques de la critique génétique française, dont certains principes sont aujourd'hui intégrés dans les balises du module génétique de la TEI. Enfin, Alejandro Bia Plata (Univ. Miguel Hernández Elche) a mis en évidence les problèmes de création, d'exploitation, de conservation – voire de pérennisation – et d'interopérabilité que posent les documents numériques en examinant le cas de la Bibliothèque Virtuelle Cervantès.

XML-TEI s'impose comme standard

Pour conclure, deux temps forts peuvent être dégagés de cette première rencontre TEI en Suisse.³ Le langage

international de structuration XML-TEI qui a été mis à l'épreuve depuis 1987 semble s'imposer aujourd'hui comme standard dans les projets d'éditions numériques. Les éditions numériques qui ne veulent pas se contenter de dupliquer ce qui est possible sur papier exigent que soient ciblés très tôt les enjeux du projet, notamment en termes de public, de navigation et de recherches car si l'encodage des sources n'est pas en soi une opération difficile, c'est une opération qui est et restera très coûteuse.

Annonce

Projets d'édition

Projets d'édition en cours dans le domaine des lettres germaniques:
Perzival et Gotthelf (Univ. Bern)
Dürrenmatt et Hermann Burger (ALS)
e-codices (Univ. Fribourg)

Projets d'édition en cours dans le domaine des lettres romanes:
Ramuz (Univ. Lausanne)
Juan Goytisolo (Univ. Berne)
ProLope (Univ. Berne et Barcelone)
Manuscrits entre-deux-mondes (Univ. Lille III)

Projets d'édition en cours dans le domaine de la musique:
Répertoire International des Sources Musicales, Berne

² <http://www.tei-c.org/release/doc/tei-p5-doc/en/html/PH.html>

³ Le prochain rendez-vous à Berne est fixé en juin 2013, lors de la Swiss Digital Humanities Summer School: <http://dhsummerschool.ch/> sous la direction d'infoclio.

Präsidentenwechsel und Neuigkeiten aus den Mitgliedsgesellschaften

60

Schweizerischer Juristenverein



Regula Kägi-Diener

Am 14./15. September 2012 fand der 150. Schweizerische Juristentag in Genf statt zum Thema «Das schweizerische Recht vor den Herausforderungen des internationalen Rechts». Referenten waren: Carl Baudenbacher, Peter Nobel, Mark Pieth und Nicolas Michel.

An der Hauptversammlung des Vereins am 15. September trat der Präsident, Bénédict Foëx, turnusgemäss nach drei Amtsjahren von seinem Amt zurück, als Mitglied bleibt er dem Vorstand erhalten. Unter seiner Ägide hatte der Schweizerische Juristenverein 2011 in Luzern 150 Jahre Schweizerischer Juristentag gefeiert. Erwähnenswert ist, dass während dieser Zeit der Verein auf eine bessere finanzielle Grundlage gestellt und eine zentrale Archivierung der Bestände eingeleitet wurde. Als Präsidentin neu gewählt wurde die bisherige Vizepräsidentin, Regula Kägi-Diener, Tit.-Prof. und Rechtsanwältin, St. Gallen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Öffentliches Recht, insbesondere Grundrechte, Föderalismus, Sprachenrecht und Gender Studies.

Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde (SGV)



Marius Risi

An der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde vom 12. Oktober 2012 trat Prof. Dr. Walter Leimgruber als Präsident der SGV zurück. Sein Nachfolger ist Dr. Marius Risi, Vorsteher des Instituts für Kulturforschung Graubünden in

Chur. Wir danken Herrn Leimgruber für seinen unermüdlichen Einsatz und seine bemerkenswerten Leis-

tungen für die SGV. In seinen acht Präsidentschaftsjahren verwirklichte er zahlreiche Projekte und setzte sich immer wieder für die Interessen der Gesellschaft ein. Besonders hervorzuheben sind seine Kreativität zur Entwicklung neuer Forschungsthemen und seine innovative Organisationsarbeit bei der Digitalisierung der institutseigenen Literatur- und Archivbestände.

Dr. Marius Risi studierte und promovierte an der Universität Basel. Seine Forschungsschwerpunkte sind der kulturelle Wandel in Alpenregionen, Begriff und Praxis der Volkskultur sowie der ethnographische Film. Als verantwortlicher Projektleiter war Marius Risi für die Erstellung einer Liste der «Lebendigen Traditionen» in den Innerschweizer Kantonen Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri verantwortlich. Seit 2009 leitet er das Institut für Kulturforschung Graubünden in Chur.

Société suisse d'études africaines

Anne Mayor, co-présidente



Daniel Kuenzler

Didier Péclard a assuré la co-présidence de la SSEA depuis 2005. Actuellement aux Etats-Unis pour un an, il a souhaité être remplacé à ce poste, tout en restant au comité. C'est l'occasion de le remercier chaleureusement pour son engagement, sa disponibilité et son aisance à trouver les mots

justes, quels que soient la langue, l'interlocuteur ou la question. C'est à lui aussi que l'on doit en grande partie le remplacement des Forums par les Journées suisses d'études africaines, aujourd'hui très appréciées. En six ans de co-présidence commune, malgré l'intense activité et les nombreux séjours à l'étranger de chacun, nous avons toujours trouvé aisément la façon de nous répartir les tâches dans un esprit d'entraide et de solidarité, indispensable dans le cadre d'une telle direction partagée.

Au vu des expériences positives de cette formule éprouvée sur une décennie, le comité a décidé de poursuivre sur cette voie. Daniel Kuenzler a ainsi été élu nouveau co-président lors de l'assemblée générale tenue à Berne le 19 octobre 2012. Après ses études et sa promotion en sociologie à l'Université de Zurich, il s'est consacré à l'enseignement et à la recherche aux Universités d'Abomey-Calavi (Bénin) et de Zurich. Depuis 2009, il enseigne à l'Université de Fribourg. Ses re-

cherches portent sur divers aspects de la culture populaire (musique, films vidéo, football), ainsi que sur des questions d'éducation et de sociologie politique. Nous le félicitons vivement pour cette nomination.

Schweizerische Musikforschenden Gesellschaft



Cristina Urchueguía

Nach zehnjähriger Amtszeit trat PD Dr. Therese Bruggisser-Lanker im Sommer 2012 als Zentralpräsidentin der Schweizerischen Musikforschenden Gesellschaft (SMG) zurück. Als ihre Nachfolgerin wurde am 27. September 2012 Prof. Dr. Cristina Urchueguía gewählt.

Während ihres Präsidiums setzte sich Therese Bruggisser-Lanker unermüdlich für die Belange der SMG ein. Sie begründete unter anderem die Editionsreihe Musik aus Schweizer Klöstern und initiierte die Verleihung des Glarean-Preises für Musikforschung sowie des Jacques-Handschin-Nachwuchspreises mit. Wir danken Therese Bruggisser-Lanker sehr herzlich für ihr grosses Engagement, dank welchem insbesondere auch die Wahrnehmung der SMG in der Öffentlichkeit sehr positiv beeinflusst wurde.

Ihre Amtsnachfolgerin Prof. Dr. Cristina Urchueguía erlangte am Konservatorium von Valencia ein Klavierdiplom und studierte anschliessend in Würzburg, wo sie auch promovierte. 2009 habilitierte sie sich in Zürich und seit Februar 2010 ist sie Assistenzprofessorin am Institut für Musikwissenschaft der Universität Bern. Wir wünschen Cristina Urchueguía alles Gute für ihre Präsidialzeit und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr.

Nouvelles de la Société Suisse de Linguistique

Lors de son Assemblée, qui s'est tenue à l'USI (Lugano) le 13 septembre 2012 lors des 7^{es} Journées suisse de linguistique, les membres de la SSL/SSG ont élu à l'unanimité leur président, Jacques Moeschler, comme délégué de la SSL/SSG auprès du Comité International Permanent des Linguistes (CIPL, <http://www.ciplnet.com/>). Son élection s'est faite sur proposition du délégué démissionnaire, le professeur Iwar Werlen, de l'Université de Berne. Celui-ci a représenté pendant plus de 20 ans la SSL/SSG, et avait succédé au professeur Georges Redard en 1990.

Le délégué de la SSL/SSG représente sa société au CIPL et est membre de son assemblée générale, convoquée pendant les Congrès du CIPL, qui ont lieu tous les cinq ans. Le prochain Congrès International des Linguistes (19ICL, <http://www.cil19.org/>) se déroulera du 22 au 27 juillet 2013 à Genève. Jacques Moeschler préside son Comité d'organisation local.

Jacques Moeschler est professeur ordinaire au Département de linguistique de l'Université de Genève. Ses recherches portent sur la sémantique et la pragmatique du français, et plus particulièrement sur les relations entre logique et langage.

Comité de la Société Suisse de Statistique

L'année 2013 est significativement festive!

Oyez, oyez, braves gens, ce que la statistique vous annonce pour cette année 2013!

Le cumul étant permis, nous avons le plaisir de fêter les 25 ans de la Société Suisse de Statistique, les 15 ans de la section Statistique publique (SSS-O), ainsi que les 10 ans des sections Statistique dans les affaires et l'industrie (SSS-BI) et Formation et Recherche (SSS-ER); voir www.stat.ch

Créée en 1988 sous le nom d'Association Suisse de Statistique, la Société Suisse de Statistique a pris son nom actuel en 2000. La même année ont eu lieu les premières Journées statistiques suisses. Ces rencontres de trois jours ont lieu chaque année depuis 2002. Les sections SSS-O (créée en 1998), ainsi que SSS-BI et SSS-ER, toute deux créées en 2003, ont pour but de couvrir les principaux domaines d'activité des membres de la Société grâce à des cours, conférences et rencontres plus ciblés.

Un bonheur arrivant rarement seul, cette année 2013 coïncide avec la célébration du 300^e anniversaire d'Ars Conjectandi, ouvrage fondamental de la statistique écrit par le bâlois Jakob Bernoulli. L'International Conference Ars Conjectandi 1713–2013 et les Journées suisses de la statistique 2013 auront lieu conjointement à Bâle en octobre prochain; voir www.statoo.ch/bernoulli13 et www.statoo.ch/sst13

Last and really not least, 2013 est officiellement définie Année internationale de la statistique (The International Year of Statistics); voir statistics2013.org

Pas de doute, 2013 sera statistique ou ne sera pas.

International



European Research Council

Established by the European Commission

Exzellenz als Auswahlkriterium

Sibylla Martinelli, Euresearch

Die Projekte von Prof. Mathias Thoenig und Prof. Jed Oliver Kaplan wurden vom European Research Council (ERC) für exzellent befunden. Die beiden in der Schweiz tätigen Forscher aus den Geistes- und Sozialwissenschaften haben 2012 einen ERC Starting Grant erhalten.

Junge Forschende in Europa brauchen Gelegenheiten, ihre Laufbahn zu entwickeln und den Übergang von der angeleiteten Forschung zum unabhängigen und selbständigen Forschen zu schaffen. Fehlen solche Gelegenheiten, werden talentierte Forschende andernorts nach Aufstiegschancen suchen, was für Europa zu einem Verlust an Forschungstalenten führen kann. Diesem sogenannten «Brain Drain» wirkt der European Research Council (ERC; Teil des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU) entgegen, indem er in Europa Grundlagenforschung in allen Bereichen der Wissenschaft, so auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften, finanziert.

Eine der Förderlinien des ERC, der ERC Starting Grant, richtet sich an vielversprechende Forschende, die ihre Dissertation vor zwei bis sieben Jahren abgeschlossen haben. Projekte von einer Laufzeit von maximal fünf Jahren werden mit bis zu 2 Mio. Euro finanziert.

Schweizer Erfolg in den Geistes- und Sozialwissenschaften

2012 haben sich in der Schweiz zwei Forscher aus den Geistes- und Sozialwissenschaften erfolgreich um einen solchen Grant beworben: Prof. Mathias Thoenig und Prof. Jed Oliver Kaplan.

Prof. Mathias Thoenig von der Universität Lausanne beschäftigt sich mit Themen an der Schnittstelle zwischen quantitativer Ökonomie, Sozialwissenschaften und Biologie. Er untersucht in seinem fünf Jahre dauernden Projekt die kulturellen und sozialen Wurzeln sowie mögliche biologische Ursachen ethnischer Konflikte. Das Ziel seines Projekts ist es, die Rolle von Un-

zufriedenheit und feindlichem Glauben in ethnischen Konflikten zu verstehen.

Prof. Jed Oliver Kaplan unterrichtet und forscht an der EPFL. Das Ziel seines ERC-Projekts ist es, herauszufinden, wie die Menschheit den Anstieg der CO₂- und CH₄-Konzentrationen im Holozän, dem jüngsten Zeitabschnitt der Erdgeschichte, beeinflusst hat. Er wird eine Geodatenbank von Umwelt- und makroökonomischen Indikatoren aufbauen, welche zusammen mit Modellsimulationen dazu dienen soll, Fragen bezüglich der Nachhaltigkeit von Ökosystemen und Mensch-Umwelt-Interaktionen zu klären.

Aussicht

Im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU (FP7), das noch bis Ende 2013 läuft, wird es keine ERC-Starting-Grant-Ausschreibung mehr geben. Offen sind noch die Ausschreibungen für den ERC Consolidator Grant (Deadline 21.2.2013) und den ERC Synergy Grant (Deadline 10.1.2013). Danach geht es weiter in Horizon 2020, dem Nachfolgeprogramm von FP7, in welchem auch der ERC wieder vertreten sein wird.

Hinweis

Weitere Informationen und Kontakt

Informationen und weiterführende Links finden sich unter:

<http://www.euresearch.ch/erc>

<http://erc.europa.eu>

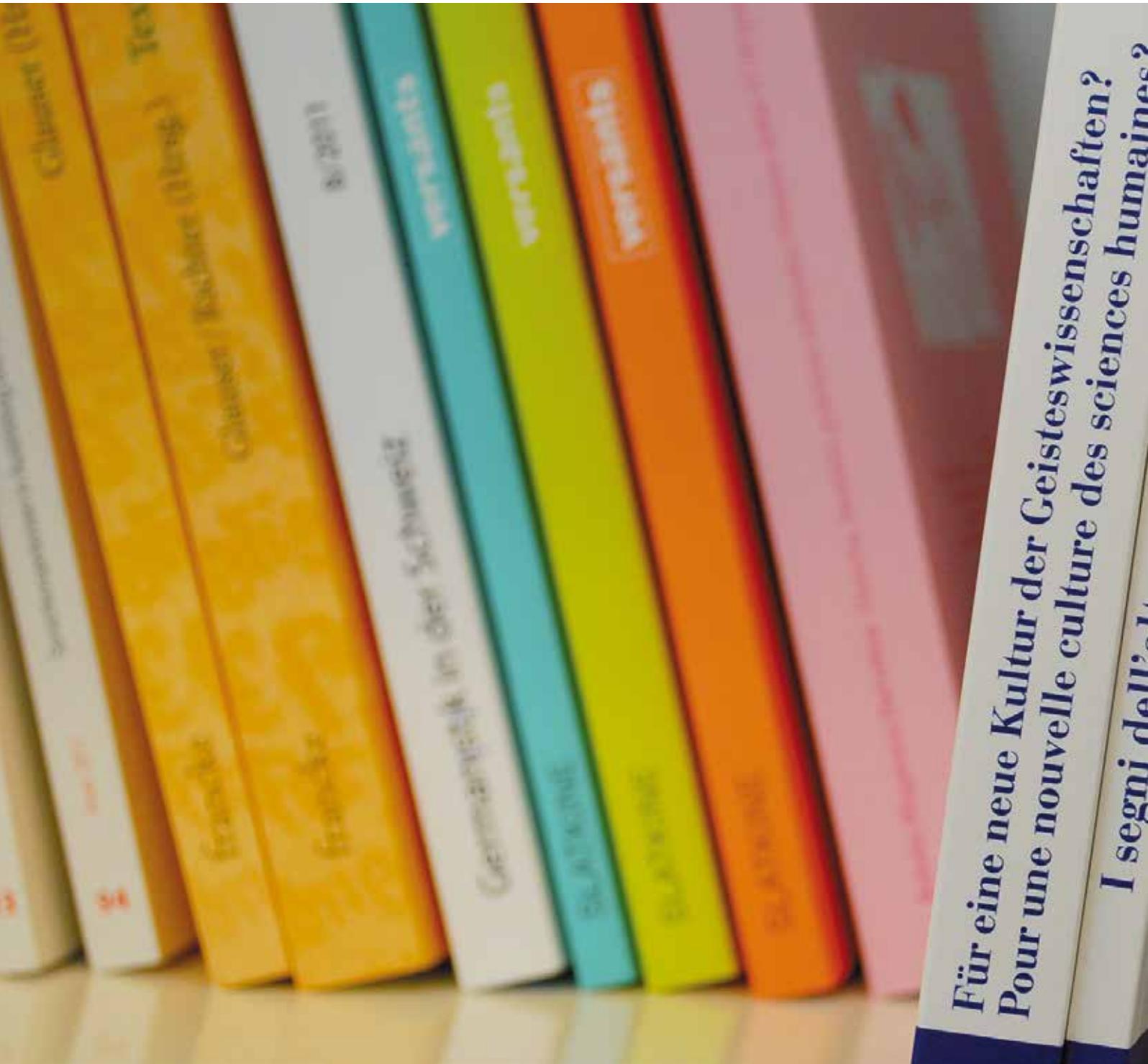
Für weitere Informationen und individuelle Beratung stehen Dr. Katja Wirth und Dr. Sibylla Martinelli von Euresearch zur Verfügung.

katja.wirth@euresearch.ch

sibylla.martinelli@euresearch.ch

Publikationen

Publications



Publikationen der SAGW

Publication en français «Qu'est-ce que la politique des générations? Prise de position»

(ms) Le changement démographique, le manque de main d'œuvre prévisible et le futur de la sécurité de la vieillesse sont des défis sociaux centraux. C'est pour ces raisons que l'ASSH a présenté le 18 novembre 2010 son idée d'une politique des générations lors d'un colloque qui a suscité un grand intérêt. La discussion qui a eu lieu nous a montré que cette notion a besoin d'être précisée et concrétisée. Ses demandes centrales doivent être clairement définies, et les personnes concernées ainsi que les institutions responsables, dans la politique, doivent être identifiées.

C'est ce travail que fournit cette publication. Elle a été rédigée en allemand et publié début 2012. Nous vous proposons maintenant une version en français. Les trois buts principaux d'une politique des générations y sont présentés. Il s'agit de rendre compatibles les activités familiales et lucratives, de permettre la participation active de toutes les générations à la vie sociale, et ainsi de dépasser l'affectation et le lien – de moins en moins justifiés avec le temps qui passe – des possibilités d'actions à certaines phases de vie. Nous proposons des mesures concrètes dans six domaines politiques qui sont importants pour la politique des générations: la politique familiale, la politique de la formation, l'organisation de la vie active, la politique fiscale et des transferts, la politique sociale, tout comme le droit familial et successoral.

Il est connu que le bilan de la politique sociale pour la législature 2008–2011 ne satisfait pas: des réformes qui attendent depuis longtemps doivent être amorcées. Nous sommes convaincus que nous fournissons, à travers les mesures que nous proposons et expliquons ici, une contribution réalisable en faveur de la réorientation nécessaire de la politique sociale de la Suisse.

Thurgauer Mundart

(mc) Mit der 2009 ins Leben gerufenen Reihe «Sprachen und Kulturen» will die SAGW in loser Folge den Wert und den Nutzen der Dialektforschung wie auch ganz grundsätzlich die Relevanz unserer Dialekte für unser kulturelles und sprachliches Erbe sowie für die sprachliche und kulturelle Identität der Schweiz aufzeigen. Nun ist der fünfte Band, «Thurgauer Mundart», erschienen.

Die vier Nationalen Wörterbücher – das Wörterbuch der Schweizerdeutschen Sprache («Idiotikon»), das Glossaire des patois de la Suisse romande, das Vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana sowie das Dicziunari Rumantsch Grischun – dokumentieren und erklären die dialektalen und historischen Wortschätze unserer Landessprachen.

Progressiver Charakter und Neuerungsfreundlichkeit

Nach der ersten Publikation zum Freiburgerdeutschen und der zweiten zu den Patois valaisans, der dritten Ausgabe zu rätoromanischen Volksliedern aus der mündlichen Tradition und der vierten zu den von Fremdkontakten zeugenden Einflüssen in der Sprache der italienischen Schweiz befasst sich der fünfte Band mit der Thurgauer Mundart. Martin Graf situiert den Ostschweizer Kanton sowohl in geographischer wie auch in sprachlicher Hinsicht auf der Schweizer Landkarte, erklärt dessen Entstehungsgeschichte aus historischer Perspektive, betont dessen Besonderheiten und widerspricht gängigen Klischees: So werden der progressive Charakter und die Neuerungsfreundlichkeit der Thurgauer Mundart(en) hervorgehoben. Anhand des Kantons Thurgau erläutert Martin Graf den Ost-West-Diskurs, erklärt die Entstehung des Übernamens «Mostindien» und sucht nach den Kriterien, welche Dialekte unbeliebt bzw. «schön» machen.

Nicht zuletzt sei auf das kleine Florilegium verwiesen, dessen Texte aus verschiedenen Jahrhunderten Eigenheiten der Thurgauer Mundart dokumentieren.

Bestellen

Die Publikationen können bezogen werden unter: www.sagw.ch/publikationen oder per E-Mail bei info@sagw.ch

Mitgliedsgesellschaften und Unternehmen der SAGW Sociétés membres et entreprises de l'ASSH

A Schweizerische Gesellschaft für Afrikastudien (SGAS), Société suisse d'études africaines (SSEA), www.sagw.ch/africa | Schweizerische Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie (SGA), Société Suisse d'économie et de sociologie rurale (SSE), www.sga-sse.ch | Schweizerische Vereinigung für Altertumswissenschaft (SVAW), Association suisse pour l'étude de l'Antiquité (ASEA), www.sagw.ch/svaw | Schweizerische Akademische Gesellschaft der Anglisten (SAUTE), Société suisse d'études anglaises (SAUTE), www.sagw.ch/saute | Schweizerische Amerikanisten-Gesellschaft (SAG), Société suisse des américanistes (SSA), www.ssa-sag.ch | Vereinigung der Freunde Antiker Kunst, Association suisse des amis de l'art antique, www.antikekunst.ch | Archäologie Schweiz, Archéologie Suisse, www.archaeologie-schweiz.ch | Schweizerische Asiengesellschaft (SAG), Société Suisse-Asie, www.sagw.ch/asiengesellschaft **B** Schweizerische Gesellschaft für Betriebswirtschaft (SGB), Société suisse de gestion d'entreprise, www.sagw.ch/sgb | Schweizerische Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF), Société suisse pour la recherche en éducation (SSRE), www.sgbf.ch | Schweizerische Gesellschaft für Biomedizinische Ethik (SGBE), Société suisse d'éthique biomédicale (SSEB), www.sagw.ch/sgbf | Schweizerischer Burgenverein, Association suisse pour châteaux et ruines, www.burgenverein.ch **C, D, E** Schweizerische Ethnologische Gesellschaft (SEG), Société suisse d'ethnologie (SSE), www.seg-sse.ch **F** Schweizerische Friedensstiftung, Fondation suisse pour la paix – swisspeace, www.swisspeace.ch **G** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SGG), Société suisse d'histoire (SSH), www.sgg-ssh.ch | Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG), Société suisse de législation (SSL), www.sgg-ssl.ch | Schweizerische Akademische Gesellschaft für Germanistik (SAGG), Société académique des germanistes suisses (SAGG), www.sagg.ch **H** Schweizerische Heraldische Gesellschaft (SHG), Société suisse d'héraldique (SHG), www.schweiz-heraldik.ch | Sociedad Suiza de Estudios Hispánicos (SSEH), www.sagw.ch/sseh | Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (VSH), Association Suisse des Enseignant-es d'Université (AEU), www.hsl.ethz.ch **I, J** Schweizerische Gesellschaft für Judaistische Forschung (SGJF), Société suisse d'études juives (SSEJ), www.sagw.ch/judaistik | Schweizerischer Juristenverein (SJV), Société suisse des juristes, www.juristentag.ch **K** Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM), Institut suisse Jeunesse & Médias (SIKJM), www.sikjm.ch | Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM), Société suisse des sciences de la communication et des mass media (SSCM), www.sgkm.ch | Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung (NIKE), Centre national d'information pour la conservation des biens culturels (NIKE), www.nike-kultur.ch | Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK), Société d'histoire de l'art en Suisse (SHAS), www.gsk.ch | Vereinigung der

Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker in der Schweiz (VKKS), Association suisse des historiennes et historiens de l'art (ASHHA), www.vkks.ch | Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (SIK), Institut suisse pour l'étude de l'art (ISEA), www.sik-isea.ch **L** Schweizerische Gesellschaft für allgemeine und vergleichende Literaturwissenschaft (SAGVL), Association suisse de littérature générale et comparée (ASLGC), www.sagw.ch/sgavl **M** Schweizerische Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen (SGMOIK), Société suisse Moyen-Orient et Civilisation islamique (SSMOCI), www.sagw.ch/sgmoik | Verband der Museen der Schweiz (VMS)/International Council of Museums (ICOM), Association des musées suisses (AMS)/Conseil International des Musées (ICOM), www.museums.ch | Schweizerische Musikforschende Gesellschaft (SMG), Société suisse de musicologie (SSM), www.smg-ssm.ch **N** Schweizerische Gesellschaft für Nordamerika-Studien (SANAS), Association suisse des études nord-américaines (SANAS), www.sagw.ch/sanas | Schweizerische Numismatische Gesellschaft (SNG), Société suisse de numismatique, www.numisuisse.ch **O** Schweizerische Gesellschaft für orientalische Altertumswissenschaft, Société suisse pour l'étude du Proche-Orient ancien, www.sagw.ch/sgoa | Schweizerische Akademische Gesellschaft für Osteuropawissenschaften, Société Académique Suisses des Etudes de l'Europe de l'Est, www.sagw.ch/sags Stiftung Bibliothek Werner Oechslin, www.bibliothek-oeschlin.ch **P** Schweizerische Philosophische Gesellschaft (SPG), Société suisse de philosophie (SSP), www.sagw.ch/philosophie | Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW), Association suisse de science politique (ASSP), www.sagw.ch/svpw | Schweizerische Gesellschaft für Psychologie (SGP), Société suisse de psychologie (SSP), www.ssp-sgp.ch **Q, R** Schweizerische Vereinigung für internationales Recht (SVIR), Société suisse de droit international (SSDI), www.sagw.ch/svir | Schweizerische Gesellschaft für Religionswissenschaft (SGR), Société suisse pour la science des religions (SSSR), www.sgr-sssr.ch | Societat Retorantscha (SRR), www.drg.ch | Collegium Romanicum, www.sagw.ch/collegium-romanicum **S** Swiss Association for the Studies of Science, Technology and Society (STS-CH), www.unige.sts.ch | Schweizerische Gesellschaft für Kulturtheorie und Semiotik (SGKS), Association Suisse de Sémiotique et de Théorie de la Culture (ASSC), www.sagw.ch/semiotik | Schweizerische Gesellschaft für Skandinavische Studien (SGSS), Société suisse d'études scandinaves (SGSS), www.sagw.ch/sgss | Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP), Association Suisse de Politique Sociale, www.svsp.ch | Schweizerische Gesellschaft für Soziologie (SGS), Société suisse de sociologie (SSS), www.sgs-sss.ch | Schweizerische Sprachwissenschaftliche Gesellschaft (SSG), Société suisse de linguistique (SSL), www.sagw.ch/ssg | Schweizerische Gesellschaft für Statistik (SGS), Société Suisse de Statistique (SSS), www.stat.ch | Schweizerische Gesellschaft für Symbolforschung, Société suisse de recherches en symbolique, www.symbolforschung.ch **T** Schweizerische Gesellschaft für Theaterkultur (SGTK), Société suisse du théâtre (SST), www.mimos.ch | Schweizerische Theologische

Gesellschaft (SThG), Société suisse de théologie (SSTh), www.sagw.ch/sthg U Schweizerische Akademische Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie (SAGUF), Société académique suisse pour la recherche sur l'environnement et l'écologie (SAGUF), www.saguf.scnatweb.ch V Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW), Société suisse des sciences administratives (SSSA), www.sgvw.ch | Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde (SGV), Société suisse des traditions populaires (SSTP), www.volkskunde.ch | Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik (SGVS), Société suisse d'économie politique et de statistique (SSEPS), www.sgvs.ch W, X, Y, Z swissfuture – Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung (SZF), swissfuture – Association suisse pour la recherche prospective (SZF), www.swissfuture.ch

Unternehmen Entreprises

Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS), Documents diplomatiques suisses (DDS), www.dodis.ch | Inventar der Fundmünzen der Schweiz (IFS), Inventaire des trouvailles monétaires suisses (ITMS), www.fundmuenzen.ch | infoclio.ch, www.infoclio.ch | Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Dictionnaire historique de la Suisse (DHS), www.hls.ch | Jahrbuch für Schweizerische Politik, Année politique Suisse, www.anneepolitique.ch | Nationale Wörterbücher der Schweiz (NWB), Glossaires nationaux de la Suisse, www.sagw.ch/nwb

Generalsekretariat der SAGW

Generalsekretär

Dr. Markus Zürcher

Stv. Generalsekretär/Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dr. Beat Immenhauser

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

Nadja Birbaumer, lic. ès lettres

Manuela Cimeli, Dr. des.

Bernadette Flückiger, lic. phil. hist.

Marlene Iseli, Dr. des.

Martine Stoffel, lic. ès lettres

Personal/Finanzen

Annemarie Hofer

Christine Kohler

Öffentlichkeitsarbeit

Daniela Ambühl

Beatrice Kübli

Administration

Gabriela Indermühle

Delphine Quadri

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

Hirschengraben 11, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 313 14 40

Fax 031 313 14 50

www.sagw.ch

E-Mail: sagw@sagw.ch

E-Mail an die Mitarbeiter/-innen: vorname.nachname@sagw.ch

ISSN 1420-6560



1 | 2013

a⁺ Mitglied der
Akademien der Wissenschaften Schweiz